

Wöchentlich 65 Pf., monatlich 1,60 M. Im voraus zahlbar. Postbezug 4,50 M. einschließlich 60 Pf. Postgebühren- und 72 Pf. Postbefreiungsgeldern. Auslandsabonnement 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Beilagen „Rolf und Zeit“ und „Kinderfreund“, Ferner: „Unterhaltung und Wissen“, „Frauenstimme“, „Schmitz“, „Bild in die Bäckerei“ und „Jugend-Vorwärts“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Konpareille 80 Pfennig. Restameile 5.— Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ das letzte druckte Wort 25 Pfennig (gültig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellenangebote das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen Seite 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wöchentlich von 8½ bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37 538. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depositenkass. Lindenstr. 2

Auf zur Verfassungsfeier!

Berlin den Republikanern!

Von Franz Künstler.

Am 11. August ist das Verfassungswerk von Weimar zehn Jahre alt. Aus diesem Anlaß haben die Reichsbehörden und die preussischen Landesbehörden große Festveranstaltungen und Kundgebungen geplant.

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold begehrt die diesjährige Verfassungsfeier mit einem gewaltigen Aufmarsch in Berlin auf der ehemaligen Prachtstraße der Hohenzollern, Unter den Linden, vor den Palästen der ehemaligen preussischen Könige.

150 000 Reichsbannerkameraden aus dem ganzen Reiche, aus Oberbayern und Ostpreußen, Schleswig-Holstein und aus den am Bodensee gelegenen Ländern kommen am 10. und 11. August in die Hauptstadt der Republik, um für die soziale Republik Zeugnis abzulegen.

Noch stärker und imposanter als in Magdeburg und Leipzig, noch gewaltiger als in Frankfurt a. M. wird diesmal das Reichsbanner seine Formationen aufmarschieren lassen. Dieser mächtige Aufmarsch wird eine Kampfanzeige und Warnung sein gegen jene Parteien und Gruppen, die nach dem Fall des Republikstuhlgesezes glauben, die Republik ungehindert und ungestraft verunglimpfen zu können!

Nicht nur uniformierte Reichsbannerkameraden werden am Geburtstage der Weimarer Verfassung demonstrieren. Die gesamte republikanische Bevölkerung, vor allem das werktätige Berlin, wird in den Augusttagen den Feinden der Republik und der Arbeiterschaft sehr deutlich zu verstehen geben, daß auch ohne Republikstuhlgesez der aus den Novemberkämpfen des Jahres 1918 geborene neue Staat nicht ohne Schutz und Wehr ist!

Den Herren Sedlitz, Hugenberg und Hitler samt ihrem Reichsausschuß, für das Stahlhelmvolksbegehren wird zum Bewußtsein gebracht werden, daß ihrem volksverderblichen Treiben eine unübersteigbare Schranke gesetzt ist.

Hugenberg, Sedlitz und Hitler sind die Vertreter des alten Vorkriegsdeutschland. Männer, die durch ihre Politik einen neuen Krieg herbeiführen wollen — denn darauf läuft die Propaganda des Blocks der „nationalen“ Opposition hinaus —, werden von den Männern der Arbeit abgelehnt. Ihnen gilt unser rücksichtsloser Kampf!

In den Augusttagen 1929 werden die Straßen Berlins andere Demonstranten mit anderen Forderungen und Zielen sehen, als vor genau 15 Jahren, da das Unheil über die deutsche und europäische Menschheit kam.

Die aus dem Reiche nach Berlin kommenden Angehörigen des Reichsbanners, sowie die Abgesandten des Deutsch-Osterröschischen Republikanischen Schutzbundes, werden die Überzeugung gewinnen, daß Berlin als eine Stadt der fleißigen Arbeit in seiner großen Mehrheit treu zur Republik und modernen gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Arbeiterbewegung steht!

Für Berlin hat der Reichsbanneraufmarsch am Verfassungstag eine besondere politische Bedeutung. Mit dem Antikriegstag der Sozialdemokratischen Partei am 1. August im Friedrichshain, mit der Kundgebung der Hunderttausende am 10. und 11. August beginnt der Kampf für die im Herbst stattfindende Stadtverordneten- und Bezirksverordnetenwahl. Die Faschisten und Stalin-Kommunisten, die als grundsätzliche Antiparlamentarier nur auf parlamentarische Erfolge werden, werden im August und den folgenden Monaten sich einer Front gegenübersehen, die den mit der Rat des Volkes spielenden politischen Blüdsinnern bei der Stadtverordnetenwahl eine empfindliche Niederlage bereiten wird.

Berlin den Republikanern!

Das ist die Wahlparole für 1929!

So rüstet das republikanische werktätige Berlin mit aller Kraft und Leidenschaft und wird nichts unterlassen, um der machtvollen republikanischen Kundgebung am Verfassungstag einen glänzenden Verlauf zu sichern.

Diese Kundgebung wird auf viele Einwohner der Stadt Berlin politisch aufklärend wirken. Dem jungen Volksstaat neue Anhänger zuzuführen, das ist eine der großen Aufgaben, die sich das Reichsbanner am zehnjährigen Geburtstag der republikanischen Verfassung als Ziel gesetzt hat!

Nur ein Monat trennt uns noch von dem Tag, an dem Berlin mit seinen Rassen aufmarschieren wird. Die Sozialdemokraten und Gewerkschaftler unserer Stadt werden die

Die Attentatspest.

Die Folgen der rechtsradikalen Heze. — Dynamit gegen republikanische Behörde.

Die Attentäter von Niebüll sind nicht gefaßt, ebensowenig wie die Attentäter bei den vorhergehenden Anschlägen. Das Attentat von Niebüll ist das siebente in der Reihe. Das erste derartige Attentat ereignete sich in der Nacht vom 26. zum 27. November 1928 in Hollenstädt im Kreise Schleswig auf das Haus des Amts- und Gemeindevorstehers. Am 28. November wurde in Lunden im Kreise Norddittmarschen ein Dynamitattentat auf das Automobil des Amtsvorstehers gemacht. Am selben Tage wurde eine Bombe am Hause des Amtsvorstehers von Beidenfleth zur Explosion gebracht. Das vierte Attentat wurde in der Nacht vom 5. zum 6. April dieses Jahres in Wesselsburen verübt. Dort wurden Handgranaten gegen das Haus des Kreisdeputierten Hüßmann geworfen. In der Nacht vom 22. zum 23. Mai ereignete sich die Explosion im Landratsamt von Ikehoe. In der Nacht vom 29. zum 30. Mai schließlich wurde in der Autogarage des Schulrates von Hohenwestedt ein Paket Pulver zur Explosion gebracht.

Zweifellos handelt es sich um Taten einer organisierten Terrorgruppe, die in irgendeiner Weise mit der Heze der Nationalsozialisten und des Landvolks in Schleswig-Holstein zusammenhängt — wenn auch die Nationalsozialisten dreist und gottesfürchtig in einer kleinen Anfrage im Landtag jede Schuld bestritten.

Es ist dieselbe verbrecherische Dynamitmethode, die die Kommunisten im März 1921 anwandten.

Es muß gefordert werden, daß die Untersuchung besonders tüchtigen Kriminalbeamten übertragen wird, notfalls müßten Berliner Kriminalbeamte zur Untersuchung herangezogen werden. Dieser Attentatspest muß ein Ende gesetzt werden!

Die Tochter des Landrats verlegt.

Niebüll, 10. Juli.

Zu dem Bombenattentat werden noch folgende Einzelheiten bekannt:

Die landrätliche Familie hat ihre Wohnung hauptsächlich nach vorn heraus. Nur die in dem Hinterlügel schlafende 12jährige

Tochter des Landrates wurde von den Glasplittern vollständig überfät, hat jedoch dabei nur geringfügige Schnittwunden erlitten. Ein vor dem Küchenfenster befindliches schweres Eisenblech ist vollständig aus der Wand gerissen worden, ebenso wurde der neben dem Küchenfenster gelegene Windfang völlig zertrümmert. Das Innere der Küche bildet einen wüsten Trümmerhaufen von zerbrochenem Geschirr und Möbeln sowie Mauerresten. In den benachbarten Häusern sind in einem Umkreis von etwa 50 bis 100 Meter alle Fenster Scheiben zertrümmert worden. Die umliegenden Gärten sind von Mauertrümmern und abgerissenen Baumzweigen überfät. Auch die Dachpfannen, mit denen die Hinterwand des Hauses abgedeckt war, sind weit umhergeschleudert worden. Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft haben bisher noch nicht zur Auffindung irgendwelcher Spuren geführt, die Aufklärung über die Persönlichkeit oder den Beweggrund der Täter geben können.

Der Landrat, der sich nicht politisch betätigt hat und der Volkspartei nahesteht, ist im Kreise Südböden sehr beliebt und hat keine persönlichen Feinde.

Der Sprengstoffanschlag übertrifft an Wirkung die bisher in der Provinz verübten ähnlichen Anschläge. Außer der im Keller liegenden Küche hat auch das darüber gelegene Arbeitszimmer des Landrats große Beschädigungen erlitten. Der angerichtete Sachschaden dürfte auf mindestens 10 000 Mark zu schätzen sein. Gegen Mittag traf hier die Regierungspräsidentin von Schleswig, Dr. Uebg, ein, der eine längere Unterredung mit dem Landrat Stalweit hatte. Landräte sind dann beschäftigt, den Trümmerhaufen nach Gegenständen zu durchsuchen, die vielleicht Rückschlüsse auf die Tat oder die Täter zulassen.

Bom Hängen.

Wie sprach der Nationalsozialist Dr. Göbbels am 25. Juni 1929 im Deutschen Reichstag:

„Beachten Sie die Ergebnisse der letzten Wahlen, schauen Sie nach Koburg, wo unsere Partei schon die absolute Mehrheit erreicht hat. Sind wir einmal so weit im Reich, wir brauchen kein Republikstuhlgesez, wir werden Sie so aufhängen.“
Der Redner wurde nicht einmal zur Ordnung gerufen!

Putsch-Ende in Rumänien?

Amtliche Angaben. — Zensur besteht aber noch.

Die rumänische Gesandtschaft in Berlin teilt mit, daß die im Auslande verbreiteten Nachrichten über die Entdeckung einer Putschbewegung in Rumänien übertrieben seien, sowohl was die Anzahl der Verhafteten, als auch was die Ziele und den Ernst der Bewegung anbetreffe. Es seien nur 28 Verhaftungen vorgenommen worden. Unter den Verhafteten befinde sich ein pensionierter Oberst Stoica, zwei Ingenieure, darunter der Sohn des verhafteten Obersten, vier Offiziere niederen Ranges, drei Unteroffiziere, zehn Werkführer und acht Arbeiter der Flugzeugfabrik, in der der Sohn des Obersten angestellt sei. Es sei kein General oder ein anderer hoher Offizier verhaftet worden. Die Meldung Budapestischer Zeitungen, daß auch General Avarescu verhaftet worden sei, brauche nicht dementsert zu werden. Avarescu sei vorige Woche von Bukarest nach Bad Kissingen gereist, wo er inzwischen angekommen sein müsse. Die Bewegung habe einen nicht ernst zu nehmenden faschistischen Charakter besessen, und die Verhaftungen seien vorgenommen worden, weil die Verschönerung einer Aufforderung des Obersten, an einer Versammlung bewaffnet teilzunehmen, Folge zu leisten beabsichtigten. Andere Nachrichten entbehrten jeder Grundlage.

Kein Rücktritt der Regierung.

Die Agentur Orient-Radio teilt mit: Der Nachricht, daß Ministerpräsident Maniu zurückgetreten sei, können wir das allernachdrücklichste Dementi entgegenstellen. Die Regierung

Maniu setzt ihre Arbeit ohne Anstand und in vollem Einvernehmen mit dem Regentensrat und dem Volke fort. Für einen Rücktritt liegt keinerlei Grund vor!

Die Meinungsverschiedenheiten zwischen der Regierung Maniu und dem Regentensrat über den Gesetzentwurf zur Verwaltungsreform sind heute bereinigt worden, und es wurde ein Kompromiß erzielt, durch den die drohende Regierungskrise beseitigt zu sein scheint. Der Regentensrat wird noch heute die zur Einbringung des Entwurfs im Parlament nötige Genehmigung erteilen.

Die Grenzschießereien im Balkan.

Neues Feuergefecht an der südslawisch-bulgarischen Grenze.

Sofia, 10. Juli.

Bei Strefimirovzi entstand zwischen bulgarischen und südslawischen Grenztruppen eine Schießerei. Der Kommandant des bulgarischen Abschnitts ritt in Begleitung dreier Soldaten zur Inspektion die Grenze entlang und wurde dabei von der serbischen Grenztruppe beschossen. Die Bulgaren erwiderten das Feuer, worauf sich die Serben zurückzogen. Im Verlauf des Inspektionsrittes geriet die Gruppe an einer anderen Stelle wieder unter das Feuer südslawischer Truppen. Ein dritter Feuerüberfall erfolgte vor dem bulgarischen Grenzposten Nr. 2. Im ganzen wurden etwa 200 Schüsse gewechselt.

politischen Bestimmungsfreunde und Klassengenossen aus dem Reiche herzlich willkommen heißen. Soweit als möglich werden die Proletarier Berlins in ihren bescheidenen Wohnungen die auswärtigen Gäste begrüßen und beherbergen. Von allen nach Berlin kommenden Männern und Frauen wird der sehr zu

Unrecht verschriene Berliner ganz bestimmt nicht nur als guter Kamerad und Mitkämpfer, sondern auch als ein freudiger Gastgeber erkannt und geschätzt werden!

An die Berliner Parteigenossen wende ich mich mit der Bitte:

**Zeigt Gastfreundschaft und übt Solidarität mit den Kameraden und Genossen aus dem Reich!
Rüstet zur Verfassungsfeier des Reichsbanners und helft, sie zu einer gewaltigen Demonstration gegen die Reaktion zu gestalten!**

Der neue Westen.

Umgeändertes Vorlage in dritter Lesung angenommen.

Der Landtag nahm am Mittwoch in namentlicher Abstimmung in der Schlussabstimmung der dritten Lesung den Gesetzentwurf über die kommunale Neugliederung des rheinisch-westfälischen Industriegebiets mit 210 der Regierungsparteien gegen 169 Stimmen der vereinigten Opposition von rechts und links an. Damit hat der Landtag nach schwierigsten Vorarbeiten durch den zuständigen Gemeindeausschuss noch vor den Sommerferien die größte Ein- und Umgeändertes Vorlage, die je ein Parlament beschließt hat, unter Dach und Fach gebracht.

Die Vorlage ist nach den Beschlüssen der zweiten Lesung im wesentlichen auch in der dritten Beratung unverändert geblieben. Erfreulicherweise ist es aber noch gelungen, in der dritten Lesung die vorher abgelehnte Vereinigung von Rheydt mit Mönchen-Gladbach durchzusetzen.

Ferner erledigte das Haus noch kleinere Vorlagen und verabschiedete in dritter Lesung die Entwürfe über Änderung und Verlängerung des Polizeikostengesetzes. Die nächste und letzte Sitzung vor den Sommerferien findet am Donnerstag statt. Um 12 Uhr beginnen die namentlichen Abstimmungen über die vorliegenden Misstrauensvoten.

Die Mecklenburger Rechtsregierung.

Mit 26 gegen 22 Stimmen gewählt.

Schwerin, 10. Juli.

In der heutigen Sitzung des Mecklenburg-Schweriner Landtags wurde die Wahl des Ministerpräsidenten und der beiden Staatsminister vorgenommen. Die von dem deutschnationalen Abgeordneten Dr. von Dethen in Vorschlag gebrachten drei Kandidaten: für den Posten des Ministerpräsidenten der Landwirtschaftskammerpräsident Eichenburg, für die beiden Ministerposten Ministerialrat Haack und Ministerialdirektor Dr. Schlesinger erhielten bei der Abstimmung je 26 Stimmen; für den früheren Ministerpräsidenten Schröder (Soz.) waren jedesmal 22 Stimmen abgegeben worden. In allen drei Wahlgängen waren drei Stimmen der Kommunisten ungültig.

Die Gewählten nahmen die Wahl an. Nach Eröffnung der Sitzung wurde noch ein Schreiben verlesen, wonach die unter dem Namen Einheitsliste nationaler Mecklenburger bekannt gewordene Wahlkoalition sich zu einer Arbeitsgemeinschaft nationaler Mecklenburger zusammengeschlossen hat.

Mit der Freilassung der Fememörder erkaufft!

Schwerin, 10. Juli.

Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, wird die nationalsozialistische Landtagsfraktion in einer der nächsten Sitzungen des mecklenburgischen Landtages ein Amnestiegesetz beantragen, um dadurch die sofortige Freilassung sämtlicher in Mecklenburg in Haft befindlichen des Fememordes Angeklagten und die Niedererschlagung aller noch schwebenden Fememordverfahren zu erreichen. Bei den jetzigen Mehrheitsverhältnissen im Landtag besteht die Möglichkeit für Annahme dieses Amnestiegesetzes.

Abrechnung mit Bolz-Bazille.

Die Sozialdemokratie stimmt in Württemberg gegen den Etat

Stuttgart, 10. Juli. (Eigenbericht.)

Im Württembergischen Landtag führte die dritte Lesung des Haushaltsplans für 1929 noch einmal zu einer Generalabrechnung der Sozialdemokratie mit der reaktionären Politik der Regierung Bolz-Bazille.

Abgeordneter Ulrich ging in einer scharf pointierten Rede die einzelnen Gebiete der Länderpolitik durch, in denen diese Regierung ihre antisoziale und kulturfeindliche Einstellung zu erkennen gegeben, Verstöße gegen den Geist der republikanischen Verfassung begangen und die Politik der Reichsregierung zu durchkreuzen versucht hat. Die Erwiderungen von der Regierungsbank hierauf waren sehr schwach. Staatspräsident Bolz erklärte auf eine Frage nach der Stellungnahme der Regierung zu dem Ergebnis der Pariser Sachverständigenkonferenz, daß er eine Neuerung dazu sehr für unwürdig halte und daher ablehne. Er mißbillige jedoch, wenn Beamte Organisationen angehören, die den heutigen Staat bekämpfen. Den Stahlhelm beobachte er nach dieser Richtung, aber ein Anlaß zum Einschreiten habe sich bisher nicht ergeben.

Kultusminister Bazille beantwortete die Frage, nach den Gründen für seine ablehnende Haltung gegen den Vorschlag der Reichsregierung, ein Gedenkbuch zur Feier des hundertjährigen Bestehens der Verfassung als Schulprämie zu verteilen, mit der sofort als laute Ausrufe erklärte Bemerkung, daß der Staat nur den persönlichen Aufwand der Schulen zu decken habe, während der jährliche Aufwand, zu dem die Kosten dieses Buches gehören würden, von den Gemeinden zu tragen sei.

In der Schlussabstimmung lehnte die Sozialdemokratie den Etat mit der Begründung ab, daß die Zusammensetzung und Politik der Regierung Bolz-Bazille eine Mißachtung des Willens der Wähler und der demokratischen Grundzüge der Verfassung sei. Jeder Entscheidung über die in der Verfassung vorgeschriebene Klärung der Vertrauensfrage sei die Regierung bisher ausgewichen. Das sei ein Ausdruck ihrer Schwäche und ihres schlechten politischen Bewusstseins. Da sie über keine Mehrheit verfüge, sei sie in den großen Fragen der Staats- und Verwaltungsreform unfähig, Entschlüsse zu fassen und durchzuführen. Nachdem die Anträge der sozialdemokratischen Fraktion, die den Kultur- und sozialpolitischen Fortschritt zum Ziele hatten, mit wenigen Ausnahmen abgelehnt worden sind, sei die Fraktion genötigt, die schärfste Oppositionsstellung gegen die Regierung einzunehmen. Sie bringe dies durch die Ablehnung des Etats zum Ausdruck.

Die Ratifizierung des Rarhenvertrages. Der Vertrag des Preussischen Staates mit der Kurie wird am 13. August in Berlin ratifiziert werden. Vorher wird der Preussische Staatsrat sich darüber schlüssig zu werden haben, ob er gegen das Konfordat Einspruch erheben will oder nicht.

Die Agentur Havas und die Stresemann-Rede. Die Agentur Havas verteidigt sich gegen die Vorwürfe, Dr. Stresemanns Rede in einer falschen Fassung verbreitet zu haben. Havas erklärt, daß sie sich bei der Wiedergabe auf den Bericht der Vereinigung der Deutschen Zeitungverleger gestützt habe, der die Worte Stresemanns folgendermaßen wiedergebe: „Der Plan soll doch nur zunächst für das kommende Jahrzehnt eine Regelung bedeuten.“ Es folgt dann die französische Uebersetzung, die von Havas gegeben wurde: „Le plan Young est avant un règlement pour les dix prochaines années.“

Deutschlands Konferenzvertreter.

Hermann Müllers Teilnahme noch unbestimmt.

An der Anfang August beginnenden diplomatischen Konferenz zur Ausführung des Young-Planes werden als Hauptdelegierte Deutschlands der Reichsaussenminister Dr. Stresemann, der Reichsfinanzminister Dr. Hilferding, der Wirtschaftsminister Dr. Curtius und der Minister für die besetzten Gebiete Dr. Birtz teilnehmen. Die Frage, ob der Reichskanzler, Genosse Hermann Müller, die Delegation führen wird, ist vorläufig noch nicht endgültig entschieden. Es ist jedoch anzunehmen, daß auch der Reichskanzler der Delegation angehören wird.

Paris über die deutschen Anregungen befriedigt.

Paris, 10. Juli. (Eigenbericht.)

Die letzte Unterredung des deutschen Botschafters mit Briand und ein von Hoehch überreichtes Memorandum der deutschen Regierung haben in hiesigen amtlichen Kreisen die Auffassung verstärkt, daß es nunmehr möglich sein wird, in kürzester Frist zu einer Einigung unter den interessierten Regierungen über die mit der diplomatischen Konferenz zusammenhängenden Fragen zu gelangen. Besonders befriedigt hat hier die Mitteilung der deutschen Regierung, daß sie auch mit der Wahl eines neutralen Ortes für den Zusammentritt der Konferenz einverstanden sei.

Die französische Regierung wird am Donnerstag den gesamten Fragenkomplex nochmals beraten.

England hat freie Hand.

London, 10. Juli.

Im Unterhaus stellte der Abg. Wedgwood (Arbeiterpartei) die Frage, ob die Regierung der französischen Regierung gegenüber

irgendwie gebunden oder verpflichtet sei, ohne Einwilligung Frankreichs oder ohne die gleichzeitige Räumung seitens der französischen Truppen das Rheinland zu räumen.

Staatssekretär Henderson beantwortete die Frage mit nein und führte dazu aus:

Die britische Regierung besitze volle Handlungsfreiheit,

die britischen Truppen aus dem Rheinland zurückzuziehen, falls und wann es ihr opportun erscheine.

Wedgwood fragte hierauf, warum denn Großbritannien Konzeptionen bei der Regelung der Reparationsfrage oder sonstige Konzeptionen an Frankreich zu machen habe, um die von der britischen Nation so sehr gewünschte Räumung des Rheinlandes durch britische Truppen zu erkauften.

Henderson antwortete, es sei verfehlt, zu dem Schluß zu kommen, daß Großbritannien irgendwelche derartige Handelsgeschäfte abschleife.

In Beantwortung einer Frage des bekannten Pazifisten und Abgeordneten der Arbeiterpartei Agles stellte der Außenminister ferner fest, daß Großbritannien, abgesehen von seinen Verpflichtungen unter dem Völkerbundsstatut keinerlei militärische Bindungen mit auswärtigen Mächten besitze, außer denjenigen, die in den Locarno-Verträgen festgelegt worden seien.

Die Arbeiterregierung gegen U-Boote.

London, 10. Juli.

Allgemein glaubt man hier, daß die Arbeiterregierung zum Teil unter dem Eindruck der schweren U-Boot-Katastrophe, das von den Konföderativen entworfene Flottenbauprogramm nicht voll ausführen dürfte. In einem heute abgehaltenen Kabinettsrat soll die Frage in dem Vordergrund der Erörterungen gestanden haben, den Bau neuer U-Boote aufzugeben. Eine Entscheidung hierüber dürfte voraussichtlich in den nächsten Tagen fallen.

Preußen und die Hessenrente.

Ablehnung des Vergleichsvorschlages.

Wie der „Demokratische Zeitungsdienst“ von untrügender Seite erfährt, wird der preussische Finanzminister den Vergleichsvorschlag ablehnen, den der 6. Senat des Reichsgerichts als Schiedsgericht gefällt hat und der für die Rentenansprüche der hessischen Landgrafen eine Aufwertung von 70,5 Proz. des Gesamtbetrages vorsieht. Es wird alsdann, bevor das Schiedsgericht ein Urteil fällt, eine eingehende Beweiserhebung stattfinden.

Ueber die Leipziger Verhandlungen wird noch mitgeteilt, daß der preussische Ministerialvertreter gegen den Reichsgerichts-Schiedsgericht, daß das Sperrgesetz verfassungsändernd sei, protestierte. Die Auffassung, daß das Gesetz verfassungsändernden Charakter trage, ist zuerst von dem Vertreter der hessischen Fürstenfamilie vorgebracht worden. Das Gericht hat sich dieser Auffassung alsdann angeschlossen. Der Vergleichsvorschlag bedeutet materiell eine Zahlung von jährlich 500 000 Mark an die hessischen Landgrafen. Die Kosten des Verfahrens sollen halbiert werden. Als Frist für die Annahme des Vergleichs wurde ursprünglich der 31. August gestellt. Der Vertreter der Landgrafen

von Hessen hat diese Frist aber abgelehnt, weil sie ihm zu lang erschien. Daraufhin wurde unter Hinzufügung des Beweisbeschlusses die Frist bis zum 20. Juli verlängert. Der Beweisbeschluss sieht vor, den Zustand und die Verwaltung der Schlösser zu prüfen.

Ein Gutachten gegen das Reichsgericht.

Zu dem Spruch des Schiedsgerichts im Streitfall zwischen Preußen und dem früheren hessischen Fürstenhaus wird von zuständiger Seite mitgeteilt, daß der Reichspräsident angeklagt der allgemein bestehenden Unsicherheit über die Rechtsgültigkeit des Sperrgesetzes den Reichskanzler um die Herbeiführung einer Stellungnahme der Reichsregierung ersucht und dabei den Wunsch geäußert hatte, es möge eine gütliche Klärung eingeholt werden. Oberrechtsanwalt a. D. Ebermeyer ist hierauf mit dieser Aufgabe betraut worden. Er hat die Frage der Verfassungsmäßigkeit des Sperrgesetzes bejaht und sich ferner dahin geäußert, daß das Gesetz nicht verfassungsändernd sei.

Polenverhandlungen im August.

Wird Hermes es schaffen?

Die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen sollen im Laufe des August in Warschau wieder aufgenommen werden. Die deutsche Delegation soll nach wie vor unter der Führung des Reichsministers a. D. Hermes stehen, der sich bereits Anfang August nach Warschau begibt.

Die deutschen Delegierten werden im August in Warschau verhältnismäßig günstige Aussichten für einen Erfolg vorfinden als früher. Zweifellos hat sich der Druck auf die polnische Landwirtschaft verstärkt, so daß die polnische Regierung mehr als je geneigt ist, durch eine Verständigung mit Deutschland zur Wäderung der Krise beizutragen. Andererseits muß die Frage der Einfuhr polnischer Schweine nach Deutschland gegenwärtig anders betrachtet werden, als man das bei uns noch vor Monaten tat. Die letzte Schweinezahl hat in Deutschland eine weitere Abnahme des Schweinebestandes ergeben. Sie beträgt z. B. in Bayern 10 Proz. und in einzelnen preussischen Provinzen sogar 15 Proz. Im Reichsdurchschnitt wird sie sich jährlich 12 bis 14 Proz. ausmachen. Im Zusammenhang damit hat das Schweinefleisch gerade in den letzten Wochen eine empfindliche Preis-erhöhung erfahren. Die deutsche Landwirtschaft wird sich, gewiß durch die letzte Schweinekrise, auch hüten, ihren Schweinebestand wesentlich über 20 Millionen Tiere zu erhöhen. Ein Zusammenbruch der Preise, wie wir ihn vor Jahresfrist erlebt haben, kommt nicht mehr in Frage.

Eine Sorge bedeutet allerdings die Person Hermes. Ob Hermes die gebotene Chance in Warschau ausnützen wird, muß bezweifelt werden. Er hat allerdings am Mittwoch in einer Rede betont, daß der deutschen Landwirtschaft nicht allein durch Zölle, sondern vor allem durch ablasttechnische Maßnahmen zu helfen sei. Handelspolitisch ist er aber nie entsprechend verfahren. Er zeigte sich durchaus als Interessendirektor, als der Mann, von dem die agrarische Presse behauptet, er sehe eine Ehre darin, es nicht zum Abschluß des deutsch-polnischen Handelsvertrages kommen zu lassen.

Um das neue Reichsbahngesetz.

Aussprache der Eisenbahner beim Reichsverkehrsminister.

Reichsverkehrsminister Stegerwald empfing am Mittwoch Vertreter der Eisenbahnorganisationen einschließlich der Vertreter des Reichsbundes höherer Beamten zu einer Aussprache über die bevorstehenden Verhandlungen zur Schaffung eines neuen Reichsbahngesetzes nach dem Young-Plan.

Der Minister hatte es für seine Pflicht gehalten, eventuelle Anträge der Organisationen entgegenzunehmen, obwohl er für die Erfüllung aller Forderungen des Personals gewisse Schwierigkeiten

voransieht. Er versprach aber, sich dafür einzusetzen, daß die Wünsche der Organisationen in manchen Rechtsfragen berücksichtigt werden. Der Forderung auf eine wirkungsvolle Personalvertretung im künftigen Verwaltungsrat der Reichsbahn werden höchstwahrscheinlich die Ansprüche der Länder gegenüberstehen, die ihre alten Rechte auf Vertretung in der Verwaltung geltend machen werden. Es ist ferner zu berücksichtigen, daß die Reichsbahn auch unter dem Young-Plan reparationspolitisch stark belastet ist und daß ihre Wirtschaftlichkeit und Kreditfähigkeit keine Einbuße erleiden darf. Nur wenn es in den nunmehr notwendig werdenden Auseinandersetzungen über die Lastenverteilung aus dem Young-Plan möglich werden sollte, der Reichsbahn hinsichtlich der Beförderungssteuer wesentliche Erleichterungen zu schaffen, könnte das Unternehmen freier nach eigenem Ermessen disponieren.

Wichtig ist, daß versucht werden soll, die Gleichstellung der Reichsbahnbeamten mit den übrigen Reichsbeamten völlig wiederherzustellen. Die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer und der Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands haben dem Reichsverkehrsminister eine gemeinsame Denkschrift überreicht, in der die Forderungen der Eisenbahner bezüglich der Änderung des Eisenbahngesetzes niedergelegt sind.

Raiffeisenandal im Landtag.

Erste Sitzung des Untersuchungsausschusses.

Im Preussischen Landtag hielt am Mittwochabend der neue eingesezte Untersuchungsausschuss zur Nachprüfung der Kreditgewährung der Preussenkasse an die Landbund- und Raiffeisengossenschaften seine konstituierende Sitzung ab. Zum Vorsitzenden wurde Abgeordneter Dr. Deurburg (Dnat.), zum Berichterstatter Abgeordneter Kuttner (Soz.) bestimmt. Am 18. September will der Ausschuss Direktor Klepper von der Preussenkasse zur Sache hören.

Gegen die Schutzzollseuche.

Auf der Tagung der internationalen Handelskammern.

Amsterdam, 10. Juli. (Eigenbericht.)

In der Mittwochssitzung der hier tagenden internationalen Handelskammern wandten sich die Redner aller Delegationen in der schärfsten Weise gegen die Schutzzollpolitik. Namens der englischen Delegation erklärte George Paish unter allgemeinem Beifall, daß es nicht mit Entschiedenheit getan sei, sondern daß man Talen sehen müsse. Die Nationen müßten auch auf internationalem wirtschaftlichen Gebiet erzogen werden. Der Kampf gegen die Schutzzolltarife sei kein europäisches, sondern ein Weltproblem.

Es wurde beschlossen, eine entsprechende Resolution auszuarbeiten, die am Sonnabend zur Abstimmung gelangen soll.

Die Helotenpartei.

Selbstentmannung Vorbedingung der Parteimitgliedschaft.

Die kommunistische Zentrale hat beschlossen, einen Teil der früheren Linksoppositionellen wieder in die kommunistische Partei aufzunehmen. Wie der Linksoppositionelle „Bolschewik“ mitteilt, müssen die Wiederaufgenommenen die folgende, streng geheim gehaltene Erklärung unterzeichnen:

„Ich erkläre, daß ich mit Maslow, Ruth Fischer, Urbahns, Pirie und der Beschlüsse der Komintern überzeugt habe, die politische Unrichtigkeit meiner früheren Stellungnahme und die Parteischädlichkeit meines fraktionellen Kampfes gegen Grundzüge und Disziplin der Komintern und der Partei anerkenne.

Ich erkläre, daß ich mit Maslow, Ruth Fischer, Urbahns, Weber und anderen Führern der ultralinken trotzkistischen Gruppen vollständig gebrochen habe, daß ich die Tätigkeit des Leninbundes als konterrevolutionärer verurteile, daß ich jede fraktionelle Verbindung mit solchen Gruppen als unvereinbar mit der Mitgliedschaft zur KPD. betrachte.

Ich werde — wie es auf Grund der Statuten für einen Kommunisten selbstverständlich ist — die Beschlüsse der Komintern, der Parteitage, des Zentralkomitees, der übergeordneten Parteiorgane vorbehaltlos durchführen und durch Einsetzen meiner Kräfte in den Dienst der Partei beweisen, daß ich ein tätiges und diszipliniertes Mitglied der KPD. sein will.

Unterzeichneter ist auch mit den Bedingungen seiner Aufnahme einverstanden, wonach

1. der Eintritt in die kommunistische Partei Deutschlands von dem Tage des Wiedereintritts in die Partei datiert wird, und daß im Mitgliedsbuch keine frühere Parteimitgliedschaft mit dem Zusatz vermerkt wird, daß er aus politischen Gründen aus der Partei ausgeschlossen wurde, aber später keine Fehler einlief;

2. er innerhalb eines Jahres vom Wiedereintritt an keinerlei führende Parteifunktionen (Vorsitz von Zellen und Fraktionen, Mitglied von Ortsgruppen, UB. und Verwaltungsbeiratsleitungen und als Delegierter zu Parteitagen) einnehmen darf.

Der Mitglied der KPD. sein will, der muß sich erst alle Knochen im Leibe zertrümmern lassen, bis er willenlos und gestaltlos ist wie ein nasser Lumpen.

Diese famose Erklärung haben, wie der „Bolschewik“ weiter mitteilt, neben anderen unterschrieben: Paul Schleich, Maslow und Ruth Fischer. Wird sich Ruth Fischer nun abermals umtauschen, da sie geschworen hat, mit Ruth Fischer zu brechen? Werden Ruth Fischer und Maslow unter neuen Kriegsnamen in der KPD. wieder auftauchen?

Agent der Bourgeoisie.

Was ein Spialist alles werden kann.

Das ist das älteste Schlagwort der Kommunisten: jene dumme Phrase, daß die Sozialdemokratie das letzte Bollwerk der Bourgeoisie gegen die soziale Revolution sei. Es ist so blöde, daß sich die Kommunisten einige Zeit lang geschämt haben, es anzuwenden. Jetzt, unter der glorreichen Führung der Thälmann und Remmele feiern sie seine Aufsertung. Aber wie! Wir lesen in der sozialistischen Zeitschrift der KPD.:

„Es ist ein altes Gesetz der Revolutionsgeschichte, daß die untergehende Gesellschaft als letzten Schutzwahl die Renegaten der Revolution ausnützt, wie es auch durch die deutsche proletarische Revolution bestätigt wird. Und damit dieses Gesetz bis zum Umfalle über dem „Erfüllung“ findet, bezieht sich das jüngste Renegatenium, rasch in die erste Reihe der Konterrevolution zu gelangen. Paul Fröhlich, der gestern noch „Geschichte der deutschen Konterrevolution“ schrieb, macht heute schon Bekanntschaft mit der deutschen Konterrevolution. Man lese sein neues „Geschichtswort“: „Der Berliner Blutmai“ (Seite 30): „Was soll am 1. August geschehen? Aufschall!“ Des weiteren denunziert er in seiner Schrift die Parteizettelungen an Grzesinski, um sie, wie die „Rote Fahne“, dem Verbot auszuliefern, was ihm, wie das Verbot des „Klassenkampf“ in Halle beim zweiten Verbot der „Rote Fahne“ zeigt, gelungen ist.“

So wurde Paul Fröhlich, der alle Spialist, ein Agent und Schutzwahl der Bourgeoisie von Remmeles Gnaden. Aber das sind schlechte Perspektiven, die der brave Herrmann Remmele theoretisch entwickelt: der Schutzwahl bewegt sich also immer tiefer in die Reihen der kommunistischen Partei hinein. Er wird nach Herrmann Remmele immer stärker und immer dicker! Wäre dieser kommunistische höchste Schwächer konsequent, so müßte er festen Willens den Tag ins Auge fassen, an dem er selbst in den Schutzwahl der Bourgeoisie einbezogen wird. Denn diese Entwicklung vollzieht sich gefehlmäßig bis zum Umfalle über dem „Erfüllung“, nicht wahr, also bis zu Herrmann Remmele!

Dreuzen-Elektra baut um.

Wichtige Landtagsbeschlüsse.

Der Haushaltsausschuß des Preussischen Landtags genehmigte die von der „Preog“, dem staatlich-preussischen Konzern, verlangte Kapitalerhöhung von 100 auf 110 Mill. Mark.

Damit kommt in der preussischen Elektrowirtschaft eine Systemverfeinerung in Gang, die die preussische Kraftwirtschaft bis zur Dampfe und bis zum Motor vereinheitlichen wird. Die für das Gesamtgebiet vorgesehenen drei Abnehmergebiete Kassel, Hannover und Hamburg erhalten Gesellschaften, an denen die Preog sich mit 50 Proz. beteiligt, während die Regionalgesellschaften an der Preog mit 26 Proz. beteiligt werden.

Der Sinn der Transaktion ist die organischere Durchbildung der Stromverteilung, und Tariffrage im Interesse der Verbraucher und des staatlichen Stromerzeugers.

Geheimlich wurden die Preussischen Verhandlungen mit dem Braunschweigischen Ueberlandwerk perfekt, dessen Gebiet der neuen Hannover-Gesellschaft angeschlossen wird.

Die Fortschritte im preussischen Elektrogebiet werden besonders der Landwirtschaft gute Dienste leisten.

Amanullah-Folgen in Paris.

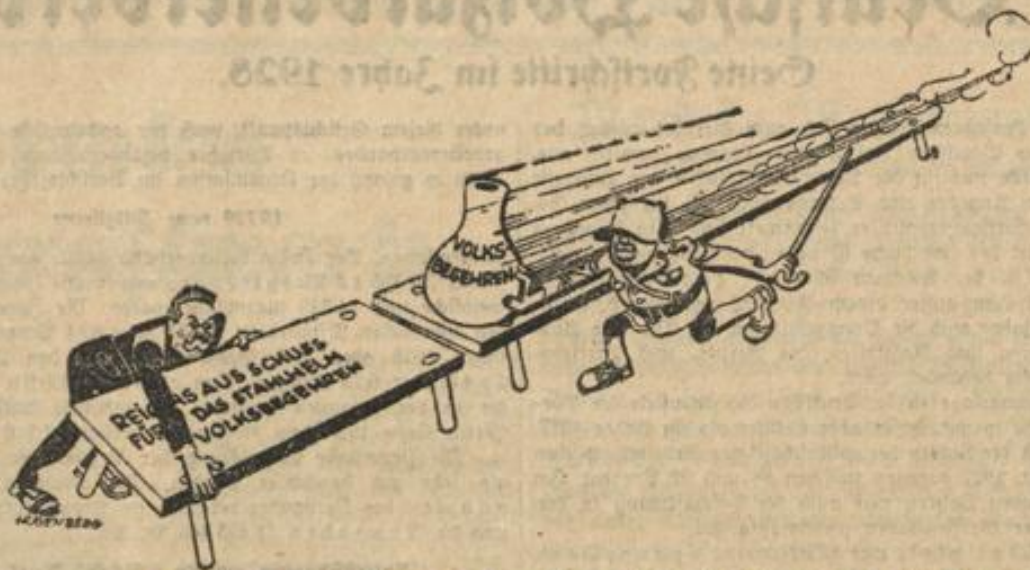
Der Kokain-Schmuggel des Gesandtschaftsbeamten.

Paris, 10. Juli. (Eigenbericht.)

Die Untersuchung der Kokain-Schmuggler-affäre, in welche die afghanische Gesandtschaft verwickelt ist, hat ergeben, daß die afghanischen Gesandtschaftsbeamten und der Konsul seit der Revolte gegen Amanullah keine Gehälter mehr bezogen und sozusagen Hunger litten. Wie verlautet, sind zahlreiche Persönlichkeiten der Pariser Gesellschaft, die sich in der afghanischen Gesandtschaft Kaufschiff beforgten, schwer kompromittiert.

Verhandlungen mit den evangelischen Landeskirchen. Die Verhandlungen zwischen dem preussischen Staatsministerium und den evangelischen Landeskirchen werden, wie wir aus sicherer Quelle hören, am Donnerstag, dem 11. Juli, beginnen.

Das verschobene Stahlhelm-Volksbegehren.



Eugenberg: „Die lange Bank, auf die wir es geschoben haben, ist immer noch nicht lang genug! Wir müssen ein neues Stück ansetzen.“

Treibt Polen dem Bürgerkrieg entgegen?

Außerst zugespitzte Lage. — Pilsudski-Clique für offene Diktatur.

Warschau, im Juli. (Eigenbericht.)

Die innere Lage in Polen spitzt sich von Tag zu Tag zu. Die Spannungen, die im Volk bestehen, straffen sich zusehends und die Regierung tut nicht das geringste, um sie zu mildern. Es scheint fast, als ob die gegenwärtigen Machthaber, die berühmte Clique der Pilsudskisten, die Entwicklung dieser Spannungen nicht ohne Interesse abwartet; ist ihr doch die bisherige Taktik Pilsudskis, die lediglich auf einer Umgehung und Zurechtbiegung der Gesetze und der Verfassung beruhte, ohne daß diese vollkommen abgelehnt worden wären, zu unentschieden und zögernd. Sie haben den Rücktritt des aus der demokratischen Arbeiterpartei hervorgegangenen Ministerpräsidenten Bartel durchgesetzt; aber auch sein Nachfolger Swiatkowski ist ihnen zu „demokratisch“ und „parlamentarisch“; am liebsten würden sie die noch verbliebenen Ueberbleibsel dieser westlichen Einrichtungen gänzlich abschaffen und an deren Stelle ihre eigene Herrschaft setzen, die ja heute schon tatsächlich besteht und deren fehlende formelle und äußere Form ihrer Ansicht nach die eigentliche Ursache der ständigen Reibungen zwischen Exekutive und Legislative bildet und damit auch, wie der Czechowicz-Prozess, zu einer Schwächung ihres Ansehens führt. Pilsudski hat sich aber zu

einer radikalen Abschaffung des Parlaments,

zu einer offenen Diktatur nicht entschließen können. Mag sein zunehmendes Alter, verbunden mit mangelnder Energie, mag die Erinnerung an die ersten Freiheitskämpfe, da die jungen Polen, unter ihnen auch Pilsudski, sich ein freies, unabhängiges Polen nicht anders vorstellen, als ein demokratisches Land, mag schließlich der zweifelhafte Druck seitens der amerikanischen Geldgeber hierfür ausschlaggebend sein, die von einem Land, dem sie Geld borgen, die kollektive Verantwortung des ganzen Volkes für diese Beiträge verlangen und sie nicht einer Einzelperson anvertrauen wollen — jedenfalls hat Pilsudski, trotz seines offensichtlich schon ins Krankhafte gesteigerten Hasses gegen die Demokratie und den Parlamentarismus ebenso wie gegen die Abgeordneten bisher jede durchgreifende Lösung vermieden und wird sie wohl auch in Zukunft vermeiden. Es sei denn, daß die Spannungen — und daraus spekulieren die vielen „kleinen Pilsudskis“, die hinter dem Rücken des einen „Großen“ die Macht an sich reißen wollen — eines Tages zum Ausbruch kommen und dann auch

den zögernden Marschall zu einer Gewaltaft veranlassen

werden. Diese Spekulation ist keineswegs unrichtig. Wie lange wird noch der bestehende Zustand des staatsrechtlich und politisch unhaltbaren Gegenlages zwischen tatsächlicher Diktatur und scheinbarer, formeller Einhaltung der Verfassung möglich sein? Er steigert sich von Tag zu Tag ins Absurde und wird plötzlich in sich selbst zusammenfallen. Eine Rückkehr aus diesem Zustand ist aber für die gegenwärtigen Machthaber, auch wenn sie, was ziemlich ausgeschlossen ist, wünschen sollten, ganz undenkbar; sie haben sich in ihrer bisherigen Politik, in der Einführung ihres Systems in eine Sackgasse gebracht, aus der es wohl einen Ausweg — nämlich die offene Diktatur — gibt, aber keine Rückkehr. Sie haben alle Gegensätze, die zwischen ihnen und den übrigen Parteien und den breiten Volksmassen zu Anfang vielleicht nur in geringem Maße vorhanden waren, man möchte fast sagen, zielbewußt und systematisch ins Unerlöschliche verschärft und alle, aber auch alle, die nicht ihrem eigenen, eng begrenzten Lager, ihrer Clique angehören, sich zu Feinden gemacht, mag es sich um politische, soziale oder nur persönliche Gegensätze gehandelt haben.

Seit drei Jahren herrscht in Polen die Gewalt über dem Recht

und wohl zum erstenmal seit dieser Zeit ist es in dem Czechowicz-Prozess geschehen, daß das Recht sich nicht vor der Gewalt gebeugt hat. Aber man bedenke, welche Folgen moralischer Natur dieser dreijährige Zustand, man kann es ruhig sagen, der Rechtslosigkeit im polnischen Volk zeitweilig hat, die um so verhängnisvoller sind, als es sich ja um ein junges, politisch unerfahrenes, durch jahrhundertelange Knechtschaft ohnehin der fortschrittlichen Entwicklung beraubtes und demoralisiertes Volk handelt, das erst vor zehn Jahren zu eigenem staatlichen Leben erweckt worden ist. Hat diese dreijährige Komödie der Rechtslosigkeit, die alle Begriffe verwirrt und verwildert hat, dem Staat nicht mehr geschadet — so fragt der sozialistische „Kobornik“ in einem seiner letzten Artikel — als es eine offene und freie kommunistische Agitation getan hätte?

Die Taktik der Pilsudskisten-Clique muß aber auch einem oberflächlichen Beobachter des polnischen Staatslebens nicht nur verhängnisvoll, sondern vor allem auch

von ganz unglaublicher Kurzsichtigkeit

erscheinen. Man kann nach den Gesichtspunkt der monarchistischen Gruppe des Pilsudski-Lagers verstehen, der es nur um die Erhaltung und Erhaltung der „Dynamik“ geht, mag alles andere zugrunde gehen. Aber wie lautet die Ideologie der für den gegen-

wärtigen Zustand verantwortlichen Leute? Es ist für niemand ein Geheimnis, daß die heutigen Verhältnisse nur möglich sind, solange Pilsudski formell oder tatsächlich an der Spitze des Staates steht.

Ohne ihn — stürzt das ganze „System“

das eigentlich nur Systemlosigkeit ist, zusammen. Ohne Pilsudski müssen die heutigen Machthaber, die ihre Macht alles andere als im Volke fest verankert haben, sondern sich nur an Pilsudski geklammert, knapp halten können, unweigerlich zugrunde gehen, es sei denn, daß sie offen den Weg der Gewalt, der Unterdrückung, der Mißbräuche beschreiten werden. Aber auch dann ist die Lage nicht klar. Wer soll die Gewalt, als Nachfolger des Marschalls, übernehmen? Gibt es doch das Lager der „Machthaber“ in die widersprechendsten politischen, sozialen und religiösen Gruppen. Sollte eine militärische Diktatur von der „Obersten Gruppe“ errichtet werden, in der persönliche Streitigkeiten heute schon eine einheitliche Politik unmöglich machen? Was wird die „Erste Brigade“ dazu sagen, die Leute, die unter Pilsudski die ersten Regionen gebildet haben und Pilsudski und sein Erbe für sich allein in Anspruch nehmen? Mit nichttrüblichem Blick schauen sie jetzt schon auf die Leute von der „Vierten Brigade“ herab, die sich erst im Laufe der Zeit Pilsudski angeschlossen haben. Und die Konservativen und die Monarchisten und die Bauern- und Arbeiterparteien, die ins Regierungslager durch allerlei Kniffe hinübergelockt worden sind, und alle anderen heutigen Pilsudskisten, die wohl den Marschall mit einer für westliche Begriffe unverständlichen fanatischen Mentalität unbedingten Gehorsam entgegenbringen und ihn als den Messias, der Polen aus dem Joch befreit hat; mit fast religiöser Hingebung verehren — die aber niemand anderen als nur sich selber als den einzig berechtigten Nachfolger Pilsudskis ansehen und gegen jeden anderen nötigenfalls auch mit Gewalt vorgehen werden? Wie will man diese verschiedenen Interessen und Anschauungen unter einen Hut bringen?

Die Gefahr der Anarchie, des Bürgerkrieges lastet über Polen.

Wie schwer die innerpolitische Lage geworden ist, geht am besten aus der veränderten Haltung der polnischen Sozialisten hervor: sie haben immer wieder, während der dreijährigen Unterdrückung, mit allem Nachdruck betont, daß eine friedliche Liquidierung des bestehenden Regimes, des Nachkriegsregimes zugunsten der Demokratie notwendig ist; heute aber haben sie, durch die Entwicklung der Ereignisse eines anderen belehrt, mit tiefer Bestürzung erkannt, daß, wie der sozialistische „Kobornik“ in einem Leitartikel mit aller Deutlichkeit erklärt, eine friedliche Liquidierung durch die unverantwortliche Arbeit der Machthaber erschwert und sogar unmöglich gemacht worden ist.

Der Pariser Großkampf.

Mindestens eine Woche Dauer.

Paris, 10. Juli. (Eigenbericht.)

Die am Donnerstag beginnende große Kammerdebatte über die Schuldenabkommen wird wahrscheinlich mindestens eine Woche in Anspruch nehmen. Außer dem Ministerpräsidenten, für dessen Ausführungen eine Sitzung kaum ausreichen dürfte, sind als Redner bereits die Führer aller großen Parteien eingeschrieben, so u. a. von der Rechten die Abgeordneten Reynaud und Marin. Der erste spricht für, der zweite gegen die Ratifikation. Der Abgeordnete Franklin-Bouillon will einen neuen Verlagsantrag stellen und bei dieser Gelegenheit einen Appell an die Vereinigten Staaten befürworten.

Die Haltung der Sozialisten wird Vincent Auriant in einer großen Rede begründen, in der er von Briand und Poincaré genaue Aufklärungen über die Absichten der Regierung bezüglich der Rheinlandräumung zu fordern beabsichtigt. Sollten die Sozialisten, was wahrscheinlich ist, hierüber präzise Angaben nicht erlangen können, so werden sie in jedem Fall mit allen parlamentarischen Mitteln der Regierung und dem Lande die Notwendigkeit der Räumung und einer großzügigen europäischen Friedenspolitik vor Augen führen.

Beschlüsse des Außenausschusses der Kammer.

Paris, 10. Juli.

Der Kammerausschuß für auswärtige Angelegenheiten nahm die Entscheidung des Finanzausschusses, wonach die Vorbehalte zur Ratifizierung der Schuldenabkommen in den Gesetzesentwurf aufgenommen werden sollen, mit 14 gegen 6 Stimmen bei 7 Enthaltungen an.

Der englische Minister für Arbeitsbeschaffung, Thomas, wird im Zusammenhang mit seiner geplanten Konföderation auch der amerikanischen Industrie einen Besuch abstatten. Er verfolgt damit den Zweck, zur Lösung des englischen Arbeitslosenproblems Studien zu machen.

Ein zweites Großkraftwerk



Unbild. Sechs Hauptmaschinen werden in diesem Spitzenkraftwerk je 34 000 Kilowatt erzeugen. Hinzukommen noch zwei Vorwärmer-turbinen von je 12 000 Kilowatt für die Deckung des Eigenbedarfes. Zwei Schornsteine, aber von erheblich größerem Umfang als die bekannten Klingenberg-Schornsteine, werden 120 Meter Höhe erreichen. Die Kessel erhalten Stoker-Feuerung. Der erste Bauabschnitt wird Herbst 1930, der zweite ein Jahr später vollendet sein.

Unweit der Rennendammallee in Siemensstadt sind die Vorarbeiten für das Kraftwerk West im Gange, das in seiner Anlage und Ausdehnung dem Großkraftwerk Klingenberg nicht viel nachstehen wird. An der nahen Spree wird ein Hafen angelegt. Zahlreiche Dampfmaschinen treiben 6-8 Meter lange Betonpfeiler in den etwas sumpfigen Boden, der eine gründliche Fundamentierung notwendig macht. Ein 80 Meter hoher Montagekran befördert die Eisenkonstruktionsteile. Besonders nachsichtig bietet der Bauplatz im Lichte der Scheinwerfer einen phantastischen

Mord im Machnower Forst?

Ein Mann im Dickicht tot aufgefunden.

Gestern abend machten Spaziergänger im Machnower Forst einen graufigen Fund. Unweit des Jagdhauses Dreilinden, in nächster Nähe der Versuchsanstalt für Handfeuerwaffen, entdeckten sie im Dickicht in einer großen Blulache die Leiche eines Mannes. Die Leiche benachrichtigten sofort das nächste Polizeirevier, das mehrere Beamte an den Fundort entsandte. Verschiedene Umstände ließen den starken Verdacht aufkommen, daß der Mann den Tod von fremder Hand gefunden hatte. Aus diesem Grunde wurde sofort die Mordkommission alarmiert, die unter Leitung des Kriminalrates Gennat, sowie der Kommissare Müller und Passow an die Fundstelle eilte. Außerdem wurde der bekannte Polizeiarzt Professor Dr. Strauch benachrichtigt, der sich unverzüglich nach der Machnower Forst begab.

Unbekannter Toter im märkischen Wald.

Im Jagd 47 der Michendorfer Forst fand ein Pilzfucher die stark verweste Leiche eines unbekanntes Mannes, der sich erschossen hat. Der Tote mag an der wenig begangenen Stelle wohl schon 7 bis 8 Monate gelegen haben. Er war etwa 40 bis 50 Jahre alt, 1,75 Meter groß und trug schwarzen Stiefel, schwarzes Paletot mit Samtkragen, schwarzes Chetotjackett und Weste, gestreifte Hose, schwarzen Schlips mit gelben Streifen und schwarze Schuhe. In seinen Taschen fand man nur ein Messer mit Hirschhornhülle, aber weder Geld noch Ausweispapiere.

Die Autokatastrophe im Osten.

Ein unsicherer Herrenfahrer ohne Führerschein.

Die Autokatastrophe auf der Chaussee von Hohen-schönhausen nach Alt-Landsberg wurde zur Klärung der Schuldfrage von der Kriminalpolizei untersucht.

Es wurde festgestellt, daß der Führer des Personenzuges, der Handelsvertreter Walter Haertel aus der Lhaerstraße, seinen Wagen erst kürzlich erworben hat. Am Mittwoch unternahm Haertel eine Probefahrt, auf der ihn sein Wertmeister begleitete. In mäßigem 30-Kilometer-Tempo fuhr das Auto die Chaussee entlang, als es von einem Bierlastauto überholt wurde. Die Chaussee ist stark gewölbt und ziemlich eng. Um einen Zusammenstoß zu vermeiden, lenkte Haertel seinen Wagen nach rechts herüber, wo außer dem Sommerweg noch ein schmaler Fuß-pfad hinzieht. Auf dem Sommerweg ging die eine der Arbeiterinnen, während die beiden anderen den Fußweg benutzten. Das rechte Rad glitt nun von der Schrägung der Chaussee ab und so verlor der Führer die Herrschaft über den Wagen. Der Wertmeister und Haertel zogen zwar die Bremsen an, konnten aber nicht mehr verhindern, daß die Frauen umgerissen wurden. Haertel behauptet, daß die Steuerung auch vorlag habe. Er ist nicht im Besitz eines Führerscheins. Die Kriminalpolizei nahm ihn vorläufig fest. — Auch den zweiten Fahrer vom Prager Platz, den Wagenwäscher Bruno Wildenhagen, konnte die Wilmersdorfer Kriminalpolizei jetzt in seiner Wohnung ermitteln. Er behauptet, daß nicht er, sondern sein Mitfahrer Steiler den Unglückswagen gesteuert habe. Bekanntlich hatte Steiler, der schon vorher festgenommen war, erklärt, daß Wildenhagen gefahren habe. In einem Punkte gleichen sich die Aussagen beider. Sie geben zu, daß sie angetrunken waren. Wildenhagen wurde dem Vernehmungsrichter vorgeführt, der ihn wieder entließ. Das Verfahren nimmt aber seinen Fortgang.

Wochenendgesetz in England.

Die Ladenbesitzer sind mit frühem Schluß einverstanden.

Nach der Londoner „Morning-Post“ soll es in der Absicht der neuen britischen Regierung liegen, das Gesetz über den Ladenschluß an Sonntagen derart abzuändern und obligatorisch zu gestalten, daß von Sonnabend mittags 12 Uhr bis Montag früh die Schließung in Kraft tritt. Der Verband der Ladenbesitzer hat sich bereits mit dem Projekt befaßt. Die große Mehrheit der Geschäftsleute ist der Ansicht, daß diese Wochenend-schließung durchführbar und auch vom Stand-punkte des Ladenbesitzers aus praktisch sei. Es werde trotz dieser Schließung, die den Angestellten größere Erholungsausflüge gestatte, in den Läden auch nicht um einen Penny weniger gekauft werden.

Und in Deutschland? In Berlin vor allem? Seit zwei Jahren spricht und schreibt man viel über Wochenende, aber die Reichsbahn ist hochbeinig und will die Tarife erhöhen, die Hoteliers und Gastwirte der Provinz verfallen sofort dem Nepp, wenn die Wochenendpropaganda sich für sie erfolgreich auswirkt. Die Geschäftsleute aber meinen, sie müssen Pötte machen, wenn sie ihren Angestellten von Sonnabend um 12 Uhr ab freigegeben sollen. Sie selber fahren selbstverständlich mit ihrem 40/120 Autos in die schöne Freiheit und lassen es zu, daß ihre Angestellten abends um 9 Uhr erschöpft nach Hause kommen. Wann kommt ein deutsches Wochenendgesetz? Und warum lassen wir uns alles vom Ausland vormachen?

Auch hier, wo der Weg den steilen, mit Buschwerk bewachsenen Berg hinauf führte, hatte er einen primitiven Reitweg angelegt. Als sie im Platz hinaufritten, konnten sie durch den dichten Laubverhang einen Schimmer dessen sehen, was sich hinter ihnen bis zum Horizont erstreckte. Aber immer noch blieb die Aussicht versperrt durch die Reihen grüner Bäume, die sich den ganzen Weg entlang als Laub-waldung über ihn schlossen und nur hier und dort einen schmalen Spalt ließen, der Bündel von Sonnenstrahlen ein-dringen ließ. Und zu allen Seiten wuchsen Farne aller Arten, von winzig kleinem Venushaar bis zu riesigen Adler-farnen, die sich zu einer Höhe von sechs Fuß erhoben. Unten in der Tiefe konnten sie ständig die großen verzerrten Stämme und Äste der Bäume sehen, und über ihren Köpfen hingen ähnliche große Äste.

Dede hielt ihr Pferd an und seufzte über all die Schönheit.

„Es ist, als wären wir Schwimmer, die aus der Tiefe eines stillen grünen Sees emporstiegen!“ sagte sie. „Hoch droben sind Himmel und Sonne, aber hier ist der See, und wir sind Klastertier unter seiner Oberfläche.“

Dann erreichten sie den Gipfel, kamen gleichsam in eine andere Welt, denn jetzt waren sie wieder in dem dichten Busch von jungen samstämmigen Madronjos und sahen hin-unter auf den freien, sonnenbeschienenen Hang, über die nickenden Gräser, zu den großen Sträuchern blauer und weißer Nemophilen, die wie ein Teppich über der winzigen Wiese zu beiden Seiten des kleinen Baches lagen. Dede klatschte in die Hände.

Sie setzten über den Bach und ritten auf dem Vieh-steige über die niedrige Felsstufe und durch das Manzanita-gebüsch, bis sie das nächste Tal mit seinem von Wiesen um-fränzten kleinen Bach erreichten.

„Es sollte mich wundern, wenn wir nicht bald auf ein paar Wachteln stießen,“ sagte Daylight.

Und kaum hatte er ausgesprochen, als auch schon wildes, aufgeregtes Trommeln erscholl, und die alten Wachteln um Wolf aufzogen, während die jungen eilig Schutz suchten und wie durch Zauberwort gerade vor ihren Augen verschwanden.

Er zeigte ihr den Habichtshorst, den er in dem zer-splitterten Wipfel der Rottannen gefunden, und sie entdeckte

ein Waldrautenest, das er noch nicht gesehen hatte. Dann schlugen sie den alten Waldpfad ein und kamen an eine kleine Rodung, wo die Weintrauben in der roten vulkanischen Erde wuchsen. Hierauf folgten sie dem Viehsteig durch neue Bänder, neues Gestrüpp, durchritten hin und wieder ein bewaldetes Tal und erreichten den Hof, der am Rande des großen Canjons lag und erst in Sicht kam, als sie ihn fast erreicht hatten.

Dede stand auf der breiten Veranda, die rings um das Haus lief, während Daylight die Pferde anband. Es schien Dede, als wäre es sehr still. Es war die trockene, warme, atemlose Ruhe des kalifornischen Mittags. Die ganze Welt schien zu schlafen. Irgendwo gurkten träge Lauben. Sie hörte Daylight zurückkommen, und ihr Atem ging tief und schnell. Er nahm ihre Hand in die seine, und als er den Türgriff faßte, fühlte er, wie sie zögerte. Da legte er den Arm um sie; die Tür sprang auf, und zusammen traten sie ein.

Viele, die in der Stadt geboren und aufgewachsen, sind zum Mutterchoch der Erde geflohen und haben großes Glück gewonnen. Aber sie haben es sich nur durch eine Reihe bitterer Enttäuschungen erkämpft. Mit Dede und Daylight war es anders. Sie waren beide aus dem Lande geboren und kannten es. Sie glühten zwei Menschen, die nach langer Wanderung endlich heimgekehrt waren. Es war weniger das Unerwartete in ihrem Verhältnis zur Natur, als die Freude des Wiedererkennens.

Und noch etwas hatten sie gelernt, nämlich, daß es für sie, die sich an die Fleischtöpfe gewöhnt hatten, leichter war, sich an das trockene Brot zu gewöhnen, als für die, die nur das Brot gefannt hatten. Nicht etwa, daß sie ärmlich gelebt hätten, sie fühlten nur innige Freude und tiefe Befriedigung über die kleinen Dinge. Daylight, der das höchste und phantastischste Spiel gespielt hatte, fand, daß es hier auf den Hängen der Sonoma-Berge noch dasselbe Spiel war. Man hatte stets eine Arbeit zu verrichten, Kämpfe zu bestehen, Hindernisse zu überwinden. Wenn er im kleinen Verluce anstellte und Geflügel für den Markt züchtete, interessierte ihn die Spekulation in Rüten nicht weniger als früher das Rechnen mit Millionen.

(Fortsetzung folgt.)

Chetragödie im Norden.

Die Frau auf offener Straße niedergeschossen.

Vor dem Hause Gerglerstraße 6 auf dem Gesund-brunnen spielte sich gestern abend ein blutiger Chetragödie ab.

Der Arbeiter Seemann hatte eine längere Freiheitsstrafe zu verbüßen; gestern war er aus dem Gefängnis entlassen worden. Sein erster Weg galt seiner inzwischen von ihm geschiedenen 36jährigen Frau Maria. Da er sie in den Mittagsstunden nicht in der Wohnung antraf, lauerte er ihr im Hausflur zwei Häuser weiter auf. Als die Frau gegen 16 Uhr ahnungslos die Gergler-straße heraufkam, trat Seemann aus dem Hausflur plötzlich hervor und gab auf seine frühere Frau vier Schüsse ab. Eine Kugel drang der Frau in den Oberkörper, so daß sie ohnmächtig zu-sammenbrach. Die anderen Augen hatten glücklicherweise ihr Ziel verfehlt.

Mehrere Passanten, die Augenzeugen des blutigen Vorfalls geworden waren, hielten den Täter fest und entwarfen ihn. Für dem nächsten Polizeirevier gab der Revolverchütze zu, die Absicht gehabt zu haben, seine ehemalige Frau zu töten. Frau Seemann liegt im Jüdischen Krankenhaus in der Gergler-straße schwer danieder.

Das Stralauer Großfeuer.

Das Großfeuer in der Engelhardt-Brauerei hat gestern längere Zeit die Untersuchungskommission der Kriminalpolizei und andere Sachverständige beschäftigt. Die erste Vermutung, daß der Brand durch irgendeine Fahrlässigkeit entstanden sein könnte, hat bisher keine Bestätigung gefunden. Die in dem Betrieb tätigen Arbeiter sind alle als zuverlässige und gewissenhafte Leute bekannt. Nach dem Ergebnis der Ermittlungen scheint es sich um einen sogenannten Staubbrand zu handeln. In der Malzpuße der ausgebrannten Mälzerei wurden die Gerste- und Malzvorläufe auf etwa 80 bis 100 Grad erhitzt, um den Zuckergehalt auszu-scheiden. Die Staubteilchen werden durch Schöte und Schächte

Jack London:

Lochruf des Goldes

(Berechtigte Uebersetzung von Erwin Magnus).

Er bog bei der Lehmgrube ab und bahnte sich den Weg durch den Wald zur Quelle, an der ersten Quelle vorbei, wo die Pferde über die zerfallenen Gatter springen mußten. Neben der glucksenden Quelle, zwischen den Rottannen, wuchs wieder eine große Bille, die auf ihrem schlanken Stengel eine Fülle weißer, wachsartiger Gloden trug. Diesmal stieg er nicht ab, sondern ritt voraus zu dem tiefen Canjon, den der Fluß in die Höhen geschnitten hatte.

Hier hatte er einen steilen, glatten Reitweg angelegt, der über den Boden des Canjons in die tiefe Dämmerung der Rottannen und dann durch einen fast undurchdringlichen Wald von Eichen und Madronjos führte. Dann kamen sie an eine kleine Rodung von einigen Morgen, wo das Getreide ihnen fast bis an den Leib reichte.

steilen, glatten Reitweg angelegt, der über den Boden des Canjons in die tiefe Dämmerung der Rottannen und dann durch einen fast undurchdringlichen Wald von Eichen und Madronjos führte. Dann kamen sie an eine kleine Rodung von einigen Morgen, wo das Getreide ihnen fast bis an den Leib reichte.

„Unser,“ sagte Daylight. Sie beugte sich vom Sattel herab, pflückte einen Halm und schmeckte ihn.

„Süßes Bergheu,“ rief sie aus, „Wabs Lieblingsfutter.“ Und den ganzen Ritt hindurch äußerte sie ihr Entzücken und ihre Ueberraschung in großen kleinen Ausrufen.

„Und davon hast du mir nie etwas erzählt!“ sagte sie vorwurfsvoll, als sie über die kleine Rodung und die bewaldeten Höhen blickten, die sich ganz bis zur großen Krümmung des Sonoma-Tales erstreckten.

„Kommt,“ sagte er, und sie machten kehrt und ritten im Schatten zurück, setzten über den Fluß und kamen wieder zu der Bille an der Quelle.

Vorwärts zum Gemeinschaftsgedanken!

In den Republiken der Kinderfreunde.

Aus allen Teilen des Deutschen Reiches eilen in diesen Tagen zehntausend frische Jungens und Mädels aus den staubigen Fabrikstädten und Mietkasernen zu ihren Ferienlagern der Kinderfreunde, die sie vier Wochen lang als rote Kinderrepubliken in Schlesien, in Thüringen, im Allgäu, in Sachsen, am Rhein auf einer Halbinsel und in Dänemark (in der Nähe von Kopenhagen) errichteten.

Überall sind die roten Falken von der sozialistischen Arbeiterjugend mit freudigem und mit stichtlichem Stolz begrüßt worden. In großen Kundgebungen, denen sich in einigen Lokalbezirken der Lagerstandorte auch wirkungsvolle disziplinierte Demonstrationen anschlossen und unter Anteilnahme von vielen tausend Arbeitern wurden in dieser Woche die Kinderrepubliken ausgerufen. Diese Eröffnung hat den symbolischen Charakter einer Grundsteinlegung der ersten sozialistischen Staaten der Erde, die die roten Falken, die jüngsten und zukunftsgläubigsten Mitkämpfer der Arbeiterbewegung, zu einer wahren Heimstätte gemeinschaftlichen Zusammenlebens ausbauen wollen. Ihre Parole heißt nicht: Eigennützigkeit, Herrschaft, Haß, sondern Ordnung, Freundschaft, Hilfsbereitschaft. Die einzelnen Lager in Deutschland und Dänemark gehen jetzt an ihre Arbeit. Sie wollen aus den Republiken nicht nur einen lustigen, springlebendigen Kindergarten machen, sondern auch eine ernstfrohe Gemeinschaft der roten Arbeiterkinder, die alle dazu beitragen, daß der Staat, der ihnen ganz gehört, auch wirklich die Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaft von morgen wird. Gleiche Rechte und gleiche Pflichten: ein jeder paßt an und hilft mit, ein jeder ordnet und hält auf Sauberkeit und Disziplin. Alle Kinder sind verantwortlich: die gesamte technische Organisation und Defonomie liegt in den Händen der von ihnen gewählten Vertrauensleute. Selbstverwaltung unter Einschluss einer kindsgemäßen Form eines lebendigen Parlamentarismus ist eine Notwendigkeit und eine Selbstverständlichkeit, deren pädagogische Wirkung und Nützlichkeit nicht abgeleugnet werden kann.

Über den vielen weißen Zellen der Kinderrepubliken, über diese arbeits- und spielfrohe Jugend der Proletarier, wehen jetzt die roten Fahnen des Sozialismus, der hier seine erste Verwirklichung gefunden hat.

In Licht, Luft, Sonne und in freier Hingabe an die Interessen der Gesamtheit wächst die kommende Generation heran. Alle für alle! Das ist der mahrende Funkspruch, den die roten Falken Deutschlands bei der Eröffnung ihrer Kinderrepubliken in die Herzen und Hirne der erwachsenen Arbeiterschaft schickten. Die Zeitrepubliker danken für die tätige Mithilfe, die ihnen in der Zeit der Vorbereitung zuteil wurde. Sie bitten um weiteres Vertrauen für ihre zukunftsgläubige Arbeit der Erziehung zum Sozialismus und des sozialen Aufbaus. Ihr Gruß: „Freundschaft“, der allen Arbeitern Deutschlands und der ganzen Welt herzlichst zugerufen sei.

Wir erhalten diesen Sonderbericht aus Buch: Mitten im Walde liegt eine alte Schnitterbaracke. Dort haben die „Reisfalken“ und „Jungfalken“, die Jüngsten unter den Berliner Kinderfreunden, ihr Ferienlager errichtet. Wachende, frohe Gesichter, blaue Rittel mit roten Falken laden zum Besuch ein. Vielstimmiges, fröhliches „Freundschaft!“ klingt uns als Gruß entgegen.

Im Heim selbst ist alles da, was für einen erfolgreichen Ferienaufenthalt notwendig ist. Zwei große geräumige Schlafräume mit 70 Betten nehmen fast die Hälfte der Gesamtbodenfläche ein. Rechts schlafen die Jungen, links die Mädels. Für Reigentage sind zwei schöne helle Tagesräume vorhanden. In einem dieser Zimmer hat sogar Freund Kasperl sein Theater aufgeschlagen. Da geht es lustig zu. Die Kinder leiten selbst die Vorstellungen. Sie sind Regisseur, Schauspieler und Dichter zugleich. Hinter dem roten Vorhang wurde bereits manch zukunftsreiches Talent entdeckt. Der Gong ertönt. Alles strömt zum Speisesaal. Nach dem Bericht der Heimleitung war die Befriedigung des „Kohldampfes“ ungemein schwierig. Nicht etwa, daß es an Essen gefehlt habe. Ganz im Gegenteil. Lebensmittel sind reichlich vorhanden. Die Speisekammer ist überfüllt. Eine altbewährte Köchin sorgt für beste Zubereitung.

Aber unsere Falken sind nicht satt zu kriegen. Sollen sie nur kräftig kullern!

Im Speisesaal ist alles liebevoll hergerichtet. Auf jedem Tisch steht ein Blumensträußchen. Ohne viel Geschrei setzen sich die Tischgemeinschaften. Es gibt Kohlrabi, Fleisch und Kartoffeln. Jeder hat einen Riesentopf vor sich. Dann wird es still. Nur das Klappern der Teller hallt durch den Raum. Nebenräume sind reichlich da. Helferräume, Arztzimmer, Vollerzimmer, ein großer Waschraum mit zwei Badewannen und Warmwassererwärmung, Jungens- und Mädelsklosetts. Auf 8 Kinder kommt ein Helfer. Dabei sind die vier Genossinnen der Küche nicht mitgerechnet. Täglich wird gewandert. Von unseren Naturschwärmern, wie von unseren Beerenpflückern wird die Gegend gleichermaßen einstimmig als „Paradies“ bezeichnet. Die Tageseinteilung ist in gemeinsamer Besprechung von Kindern und Helfern festgelegt worden. Um 7 Uhr wird aufgestanden. Badlauf und Gymnastik sind die erste Tagesarbeit. Um 8 Uhr ist Frühstück. Der Vormittag steht den Gemeinschaften zur freien Verfügung. Abwechslend haben einige Kinder Arbeitsdienste. Nach dem Mittagessen um 12 Uhr sind zwei Stunden Ruhezeit. Vom Nachmittagskaffee um 3 Uhr bis zum Abendbrot um 6 Uhr ist wieder Gelegenheit zum Wandern und Spaziergehen. Abends wird gemeinsam gespielt, getanzt und gesungen. Auch geübt wird fleißig, denn Donnerstag, den 11. Juli und Sonntag, den 21. Juli erwarten unsere Falken den Besuch der Eltern und der Berliner Genossinnen und Genossen. So haben auch unsere Reis- und Jungfalken, die noch zu klein fürs Zeltlager sind, sich mit Hilfe der Arbeiterjugend eine frohe Ferienstätte geschaffen.

Kein Kinderheim im üblichen Sinn, nein, ein Gemeinschaftswert aller großen und kleinen Genossen.

Kein Befehlen taunthafter Aufsichtspersonen. Eine Selbstverwaltung der Kinder ist es, die sich ihre eigenen Gesetze gibt und danach handelt. Man spürt es überall, aus jedem Blick und Wort: hier ist eine fröhlich schaffende Schar junger Menschen. Voll Ernst geht sie an die Erfüllung ihrer selbstgestellten Aufgaben.

Für den sozialen Volksstaat.

Kampf dem Egoismus eines reaktionären Bürgertums.

Die Empörung der Berliner sozialistischen und republikanischen Bevölkerung darüber, daß die Hausbesitzerpartei im Reichstag das Republikanengesetz zu Fall gebracht hat, entzündet sich gestern in einer Reihe von großartig besetzten Kreismitgliederversammlungen, in denen unsere Parteigenossen und Genossinnen mit größter Spannung den Ausführungen der Referenten lauschten. Wir veröffentlichen die uns zunächst zugegangenen Berichte und lassen die letzten über diese imposanten Demonstrationen zum Schutz des sozialen Volksstaates im heutigen „Abend“ folgen.

Am 12. Kreis Steglitz nannte Genosse Aufhäuser den Fall des Republikanengesetzes einen neuen Beweis dafür, daß für die Erhaltung der heutigen Staatsform nicht das Parlament und die Regierung allein, sondern die ökonomischen Kräfte maßgebend sind. Das Republikanengesetz ist nicht gefallen durch Auseinandersetzung zwischen Monarchisten oder Republikanern.

Die Partei der Hausbesitzer glaube vielmehr Rache nehmen zu müssen, weil sie das Wohnheimstättengesetz nicht wollte.

Der Redner erörterte den Inhalt der neuen Vorlage zum Wohnheimstättengesetz, die den Jörn der Bodenbesitzer herbeigerufen hat, weil die Sozialdemokratie unter anderem darin forderte, daß der Steuerwert der Grundstücke maßgebend für die Entschädigung sein müßte. Der Redner kam auf das Entstehen des Republikanengesetzes zu sprechen und erklärte, daß das Gesetz einem Kompromiß zwischen allen Parteien entsprungen ist und daß darum die Bestimmungen nicht eindeutig und befriedigend sein konnten. Es hat sich in der Praxis gezeigt, daß die Rechtsprechung sich vorwiegend nach links auswirkte. Doch wenn sich die Kommunisten besonders durch das Gesetz getroffen fühlten, so war das nicht ganz richtig. Keine Partei hat ihre funktionäre so leichtfertig dem Gericht ausgeliefert als die kommunistische Partei. Dagegen hat die Sozialdemokratie dazu beigetragen, die Härten im Gesetz zu beseitigen und die durch das Gesetz Betroffenen vor Zuchthaus zu bewahren. Trotzdem wird die Agitation von den Kommunisten maßlos gegen die Sozialdemokratie weiter getrieben. Selbst die Rechtsregierung 1927 war gezwungen, aus staatspolitischen Gründen der Verlängerung des Gesetzes zuzustimmen. Die Deutschnationalen hatten sich sogar den Kaiserparagrafen zu eigen gemacht. Die Arbeiter haben es in der Hand, den Krämerleuten, die für ein paar Mark aus spekulativem Interesse gegen das Republikanengesetz stimmten, durch ihre eigenen Organisationen die richtige Antwort zu geben.

Für den 9. Kreis Wilmersdorf sprach Genosse Heintz im Viktoriagarten in Bilmersdorf. Er beleuchtete zuerst den Unterschied zwischen diesem Gesetz und den gegen die Sozialdemokratie gerichteten Ausnahmegeetzen des alten Regimes. Letztere waren äußere Machtmittel, die man gegen Gesinnung und Geist zur Anwendung brachte, während das erstere lediglich einen Schutz gegen die Anknüpfungsfreiheit darstellte, gegen eine „Freiheit“, die mit Mord und ähnlichen Gewalttaten republikanisch Gesinnte bekämpfte. Die Sozialdemokratie hat sich nur schwer zur Einführung eines Ausnahmegesetzes entschlossen; sie wurde dazu gezwungen, weil die von ihr propagierte politische Freiheit aufs schändlichste mißbraucht wurde. Wenn das Gesetz jetzt fällt, so besteht keine Gefahr für die heutige Staatsform. Denn die Träger unsers Staates sind die breiten Massen und deren Partei, die Sozialdemokratie, hat in den letzten zehn Jahren ihre Macht kennen und gebrauchen gelernt. Vor allem aber: die sozialistischen Arbeiter sind, im Gegensatz zu den Anhänger der extremen Parteien, keine romantischen Feuerköpfe, sondern klarenköpfige Menschen, die von einem einheitlichen Willen befeuert sind und im gegebenen Mo-

ment zu handeln wissen. Das ist der beste Schutz der Republik, die Niederdrückung des Kapp-Putsch hat es treffend bewiesen. Zum Schluß äußerte sich Genosse Heintz zu dem Geistes der

Rückkehr des ehemaligen Kaisers:

Wilhelm ist heute politisch machtlos; sollte er bei einer Rückkehr irgendwelche politischen Machtergreifungen unternehmen, so würde er eine Front gegen sich finden, die von der äußersten Linken bis weit hinein in die Rechten reicht. Denn Hugenberg und andere haben selber Diktaturgelüste. Die aber werden die sozialistischen Massen in Schach zu halten wissen.

Der Kreis Mitte der Partei hielt seine Versammlung gestern abend im Hotelischen Hof ab. Der große Saal war bis auf den letzten Platz besetzt. Mit großer Spannung folgte die Versammlung dem Referenten, Landtagsabgeordneten Genossen Meier. Temperamentvoll begann der Referent seine Ausführungen mit einem Appell an die Partei, alle Kraft zusammenzurufen, um die Reaktion, die durch den Fall des Republikanengesetzes neue Hoffnung hegt, niederzuhalten. Das Republikanengesetz ist gefallen, weil kleinliche Spießer ihre eigenen Parteinteressen für wichtiger hielten als das Staatsinteresse.

Noch läßt das Schicksal und schon wird die Reaktion von Tag zu Tag frecher. Das zeigen besonders die randallierenden Studenten.

Der Reichsinnenminister hat angekündigt, daß er ein Gesetz einbringen wird, das die Paragraphen des Strafgesetzbuches, die den Schutz der Republik betreffen, recht bald in Kraft setzt. Die deutsche Sozialdemokratie hat im letzten Wahlkampf gewinnen können, weil sie der reaktionären Regierung des Reichs die Preußenregierung gegenüberstellen konnte. Die Reaktion war nicht so sehr darüber erschüttert, daß 22 Kronen in den Staub rollten, als daß sie die preussische Polizei, den Hort der Reaktion verlor. Die Sozialdemokratie hat in der Preußenregierung erfolgreich kämpfen können als in der Reichsregierung. In seinen Schlussausführungen legte Genosse Meier die Gründe für und gegen das Konkordat nach einmal dar und skizzierte die Stellung der Berliner Landtagsabgeordneten. Mit einem anfeuernden Appell, gegen die Reaktion alle Kräfte zu mobilisieren, schloß er seine Ausführungen unter stürmischem Beifall. Die Versammlung schloß nach einer Aussprache mit der Annahme der Entschließung.

Sowjetgroßflugzeug in Berlin.

Gestern nachmittag traf auf dem Flughafen Tempelhof das auf einem Europarundflug befindliche dreimotorige Großflugzeug „Flügel des Sowjet“ unter Führung des bekannten Piloten Gromoff ein. Zum Empfang hatten sich der russische Botschafter Krestinoff, der russische Presseschef Stern, Geheimrat Fischer vom Verkehrsministerium, Konsul Schulz-Sponholz vom Auswärtigen Amt, der Vorstand der Luftpost sowie der Deruloff und Vertreter der Presse eingefunden. Das Flugzeug, das glatt landete, hat dieselbe Spannweite (26 Meter) und das Aussehen unseres Korbbauch-Roland. Außer seinen drei Motoren à 230 PS ist es rein russisches Fabrikat und eine Konstruktion des früher bei den Junkers-Werken in Rossau tätigen Ingenieurs Zupoleff. Es ist ein Ganzmetall-Hochdecker und aus demselben Material wie die Junkers-Flugzeuge hergestellt und hat außer Führer und Monteur 9 Sitzplätze. Seine Standenzugwindigkeit beträgt im Durchschnitt 170 Kilometer. Der Flug, der kürzlich als Beredung für die Sowjetverkehrsfliegerei gedacht ist, wird in zwei Tagen über Paris, Wien und Warschau fortgesetzt.

Ein Herr mit Namen R...?

Er benutzt den Lehrstuhl zu seltsamen Bemerkungen.

Der Professor an der Berliner Universität Dr. Gustav R...? führte in seiner Vorlesung über „Kritik der deutschen“ am Freitag, dem 5. Juli, von 9-10 Uhr, folgendes aus:

„In der erfreulicherweise von Ihnen abgehaltenen Professorenversammlung haben Sie eine Entschließung gefaßt, die wir alle begrüßen. Es ist unglücklich, daß man der deutschen Wissenschaft, die mehr als jeder andere zur Stellungnahme berufen ist, den Mund verbieten will. Aus seinem wahren Gefühl heraus muß jeder Deutsche dagegen Front machen, aus logischen Gründen ist jeder Mensch dazu verpflichtet. Denn was ist dieses Verbot anderes als eine unwürdige Verbeugung vor dem feindlichen Ausland, was anderes als ein Ausfluß höflichen Parteihaders? ... Es ist genau umgekehrt als jener Herr mit dem unaussprechlichen polnischen Namen vor einigen Wochen (hier ist offenbar auf die Rede des preussischen Innenministers beim Wartburgfest der Republik angespielt) behauptet hat.“

Da der Professor über „Kritik der deutschen“ doziert, kann er einen Namen mit polnischem Klang natürlich sehr schwer behalten. Wie leicht hat er sich aber doch beispielsweise den Namen des Stahlhehlführers der Hahnbotschaft von Fürstenwalde, des Rittmeisters von Rozosowicz, nach angefrängten Gedächtnisübungen einprägen können. Wir wissen übrigens nicht, ob der Professor Radel, Redel, Ridel, Rodel oder Rudek heißt. Er ist im allgemeinen unbekannt, die Schreibmaschine hat bei der Uebersetzung etwas gestört, und es fehlen uns Zeit und Lust, im Dozenten-Verzeichnis der Berliner Universität nachzusehen. Eins wissen wir aber: Wenn von dem Professor mit dem Anfangsbuchstaben R. niemand mehr spricht, wird der preussische Innenminister mit dem unaussprechlichen Namen „Erzjesinski“ bestimmt noch nicht vergessen sein!

Zum Fall: Rektor His.

28. Juni und 11. August.

Die Berliner republikanischen Studenten haben in einem Schreiben an den Rektor der Universität darum, ihnen zu einer am 10. oder 11. August zu veranstaltenden Verfassungsfeier, bei der ein Universitätsprofessor sprechen sollte, den Vorhof zur Verfügung zu stellen. Daraufhin ist unter dem 6. Juli 1929 folgender Bescheid vom Rektor zugegangen:

Ich sehe mich zu meinem Bedauern nicht in der Lage, Ihrem Antrag auf Genehmigung zur Veranstaltung einer Verfassungsfeier am 10. oder 11. August d. J. im Vorhofe der Universität stattzugeben, da es nicht den Gepflogenheiten der Universität entspricht, in ihren Räumen derartige von einer Gruppe veranstaltete Feiern zuzulassen.

Bei der augenblicklichen Zuspitzung der Lage würde eine solche Feier nur eine Verschärfung der Gegensätze innerhalb der Studierenden zur Folge haben. Schon aus diesem Grunde halte ich die Veranstaltung der beabsichtigten Feier auf dem Gelände der Universität für nicht angängig. Der Rektor, gez. His.

Es sei hierzu noch bemerkt, daß es sich hierbei um denselben Vorhof der Universität handelt, auf dem am 28. Juni d. J. die völkischen Studenten unter Duldung der Universitätsbehörde und Händedruck des Rektors demonstrieren durften.

Schweres Grubenunglück in England.

6 Tote und 10 Schwerverletzte.

London, 10. Juli.

In der Milfraen-Grube in Blaenavon in der Grafschaft Monmouthshire ereignete sich am Mittwoch mittag ein schweres Explosionsunglück. Die Rettungsarbeiten, die sofort in Angriff genommen wurden, waren durch die Entwicklung von Giftgasen außerordentlich erschwert. Erst nach stundenlangen Anstrengungen gelang es, sechs Tote zu bergen. Zehn Bergarbeiter haben schwere Brandwunden davongetragen, einer davon ist lebensgefährlich verletzt. Zwei Begleiter werden noch vermisst. Die Rettungsmannschaften mußten verschiedene Male zurückgezogen werden, da neben der Entwicklung von Giftgasen ständig Einstürze im Schacht erfolgten. Zur Zeit der Explosion arbeiteten etwa 60 Mann in der Grube. Die Ursache der Explosion steht noch nicht fest.

Schwedische Genossen auf der Durchreise.

Am Mittwoch morgen trafen auf dem Stettiner Bahnhof 340 schwedische Genossen ein, um nach kurzem Aufenthalt in Berlin zum Zweiten Internationalen Sozialistischen Jugendtreffen in Wien weiterzufahren. Der „Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit“ bereitet den fremden Genossen einen herzlichen Empfang. Nach dem allgemeinen Frühstück wurde mit zehn großen „BVG“-Wagen eine Rundfahrt durch Berlin unternommen. Die Organisation lag in den Händen der Sozialistischen Arbeiterjugend, die auch die Autobusführer stellte. Genosse Dietrich sprach Wort der Begrüßung. Er betonte das sichtbare Emporsteigen Berlins zu einer sozialistischen Stadt wie es Wien schon ist. Ein schwedischer Genosse überlegte die kurze Ansprache, die lebhaften Beifall fand.

Im allgemeinen stimmten die Genossen aus den Städten und waren darum entsprechend gekleidet. Nicht einer hatte Wanderkleidung an; sie alle repräsentierten den uns Deutschen wohlbestimmten sympathischen nordischen Charaktertyp des Hilfsbereiten, dabei aber vornehm zurückhaltenden Weltmannes. Besonders die Stambinavier sind ja schon lange praktisch international durch Beziehungen zur ganzen Welt.

Nur wenige schwedische Genossinnen beteiligten sich an der Fahrt. Unsere Berliner Genossen werden heute nacht und morgen einige Eisenbahnzüge nach Wien senden. Bestimmt wird das diesjährige Treffen in Wien einen weiteren Schritt auf dem Vormarsch des Sozialismus bedeuten.

Der „Pathfinder“ in Rom.

Rom, 10. Juli.

Das Flugzeug „Pathfinder“ ist um 21½ Uhr in Rom unter dem Jubel einer großen Menschenmenge gelandet.

Jetzt gibt es
Pixavon
die wundervolle goldklare Haarwaschseife für jedes Haar, auch als Shampoo für 30 Pfennig

Sieverts flucht in die Krankheit.

Der Schluß der Beweisaufnahme im Fälscherprozeß.

Der jähe Abbruch der Beweisaufnahme im Dokumentenfälscherprozeß kam völlig unerwartet. In die Hochspannung des Gerichtssaales schlug Sieverts Erklärung wie eine Bombe ein.

Beshalb war er nicht erschienen? Sollte man an seine Krankheit glauben, oder war sie nur eingebildet? Hatte er etwa Ursache zu befürchten, in der Verhandlung der Unmährheit geziehen zu werden? Allerdings mußte für die Glaubwürdigkeit dieses Zeugen seiner Gegenüberstellung mit dem Regierungsrat Bartels und dem Russen Gumanzi entscheidende Bedeutung zukommen. Dieser soll auf Grund von Sieverts Denunziation im Zusammenhang mit diesem Fälscherprozeß verhaftet worden sein. Man sah es diesem Russen an, daß die plötzliche Erkrankung Sieverts ihm eine arge Enttäuschung brachte. Vier Tage lang harrete er mit seiner Ktenmappe unter dem Arm des Augenblickes, da er seinem Feinde gegenüber stehen würde.

Noch interessanter hatte sich das Zusammenreffen des Regierungsrats Bartels mit Sievert gestaltet.

Die Aussage dieses Vertrauensmannes des Reichskommissariats für öffentliche Ordnung mußte für den früheren Mitarbeiter des preussischen Staatskommissariats äußerst peinlich gewesen sein. Sievert hatte erzählt: Als ich gewisse Beziehungen zur Grenzpolizei abgebrochen hatte, die später vom Staatskommissariat übernommen wurden, hörte ich durch Zufall, daß Regierungsrat Bartels mich ausweisen will. Ich suchte ihn auf und er sagte mir: Jawohl. Ihre Freundschaft zum Reichskommissariat wird Ihnen nicht helfen. Preußen weiß Sie aus. Ich erwiderte dem Regierungsrat: Ich weiß, wer dahinter steckt. Es ist der Direktor der Grenzpolizei. Er ist gegen mich, weil ich mich geweigert habe, seinem Wunsche gemäß gegen Sie und Weismann Material zu sammeln. Man hätte von Bartels gehört, was an der Sache wahr ist. Auch die Kriminalkommissare Dr. Braßmwig und Dr. Heller hätten über die Persönlichkeit Sieverts einige Aufschlüsse geben können.

Falsch wäre, zu glauben, daß die weitere Vernehmung des Zeugen etwas mehr Licht in das verwirrende Dunkel des Sachrichtendlenkstes hineingetragen hätte. Von öffentlichem Interesse wäre es aber, über den ehemaligen Gewährsmann des Reichskommissariats mehr Klarheit zu erhalten. Sowie stand jedoch bereits nach der Aussage des Zeugen Rühlstein fest:

Sieverts Leichtfertigkeit in der Entgegennahme von Dokumenten grenzt an schuldhafte Fahrlässigkeit.

Der Wunsch, den Behörden unter allen Umständen zu dienen, veranlaßte ihn, wahllos zu übermitteln, was ihm geliefert wurde. Hätte das Gericht gestern auf Sieverts Erscheinen bestanden, so hätte man ihn bestimmt noch zu hören bekommen.

Für die Anklage ist es schließlich ohne Befang, ob der Beweis für den Betrug im Falle Sievert erbracht ist. Es bleibt immer noch der verführte Betrug im Falle Knickerbocker. Hier hatte Orlow die Dokumente gefälscht, und Pawlonowski hat ihn dabei assistiert. Man darf auf das Urteil gespannt sein.

Wie U-Boot H 47 versank.

Lezte Versuche, die Menschen zu retten.

London, 10. Juli.

Ueber die Einzelheiten des Zusammenstoßes der beiden Unterseeboote liegen noch wenig Angaben vor. Man ist der Auffassung, daß das Unterseeboot H 47 ein Leck erhielt und voll Wasser lief, bevor es der Besatzung gelang, zu entkommen oder sich retten zu lassen.

Das Unterseeboot L 12 ist durch den Zusammenstoß nicht beschädigt worden. Der Zerstörer „Bibian“ und das Schlachtschiff „Rodney“ sind ebenfalls an die Unglücksstelle abgegangen. Von diesen beiden Schiffen aus sollen die Tauchoperationen vorgenommen werden. Gestern Abend wurde bekannt, daß auch vier Minenboote abgedampft sind, um die Position des gesunkenen Unterseebootes festzustellen. Ihre Arbeit soll durch Teile der U-Boot-Abwehr-Flottille und durch Flugzeuge unterstützt werden. Ferner ist ein Taucherprahm mit eigener Maschinenkraft auf dem Wege nach der Unglücksstelle, er hat Spezialrettungsgerät an Bord.

Keine Antwort...

London, 10. Juli.

Das Unterseeboot L 96 hat heute an der Stelle, wo H 47 gesunken ist, getaucht, um den Versuch zu machen, durch Schallzeichen eine Verständigung mit der eingeschlossenen Besatzung des gesunkenen Bootes herzustellen. Das Boot erhielt jedoch keine Antwort.

Vor einem Wetterumschlag?

Das Barometer ist seit kurzem in anhaltendem Steigen begriffen. Hinter dem verschwindenden Tief von Südwesteuropa erfolgt ein neuer Vorstoß des Azoren-Maximums, der auf kommendes schönes Sommerwetter schließen läßt. Am stärksten hat sich die Temperatursteigerung bisher in Frankreich, Holland und Südeuropa ausgewirkt.

Die Neugliederung im Westen.

Ungemeindungsgezet in dritter Lesung angenommen.

Der Preussische Landtag erledigte am Mittwoch, dem 10. Juli, zunächst einige kleine Vorlagen und nahm darauf ohne Aussprache in dritter Lesung den Gesetzentwurf über Verlängerung und Änderung des Polizeikostengesetzes und den Entwurf eines Postkostengesetzes an.

Hierauf folgt die 3. Lesung des Gesetzentwurfs über die Neugliederung des rheinisch-westfälischen Industriegebiets.

Die Abstimmung ergibt im wesentlichen die unveränderte Annahme der einzelnen Paragraphen nach den Beschlüssen der zweiten Lesung. Die Vereinigung von Rhendt mit R. Gladbach, die in der zweiten Lesung nicht angenommen wurde, wird ebenfalls beschlossen.

Nach Beendigung der Einzelberatung gibt Abg. Dr. von Arles (Dnat.) eine Erklärung ab, aus der hervorgeht, daß die schweren Bedenken seiner Fraktion gegen die Vorlage noch durch die zweite und dritte Lesung verstärkt worden sind. Es sei eine ganz einseitige Großstadtpolitik getrieben worden, die durchaus im Zuge kommunistischer Kommunalpolitik liege. (Heiterkeit.) Es sei eine Politik der Bergewaltung, die seine Fraktion unter keinen Umständen mitmachen könne. Die Vorlage hebe das Selbstverwaltungsrecht auf und seine Freunde werden sie deshalb einstimmig ablehnen. Der Entwurf, der verfassungsändernd sei, gebrauche zur Annahme eine Zweidrittelmehrheit. (Widerpruch.) Auch könne der Landtag in seiner heutigen Zusammenkunft, d. h. vor dem Urteil des Staatsgerichtshofes, über ein solch weittragendes Gezet nicht entscheiden.

Abg. von Eyern (D. Sp.) betont, daß an der unendlichen Mühe und Arbeit, die die Vorlage gemacht habe, auch die Oppositionsparteien ihren Anteil hätten. Dennoch hätte niemand ein Gefühl der Befriedigung, denn nicht im entferntesten seien alle berechtigten Wünsche erfüllt worden. Bei einzelnen Regierungsparteien sei aber sicher nicht vom sachlichen Gesichtspunkt aus gearbeitet worden. Seine Fraktion sehe auch in der Vorlage eine Verletzung des Selbstverwaltungsrechtes und werde deshalb in der Schlußabstimmung nicht zustimmen.

Abg. Dr. Kohde (Wirtsch. P.) lehnt die Vorlage ebenfalls ab.

Abg. Haas-Röln (Soz.):

Wir sind nicht verwundert über die Erklärung der Deutschnationalen und der Volkspartei. Aber es ist erstaunlich, daß sie für ihre Fraktionen den einmütigen Entschluß, dagegen zu stimmen, zum Ausdruck brachten, weil sie sich damit in trassen Widerspruch zu den Fraktionsmitgliedern gestellt haben, die im Ausschuss eifrig mitgearbeitet und als interessierte Mitglieder gestimmt haben. Herr von Eyern hat allerdings nur eine negierende Politik getrieben. Die Vorlage als einen Erfolg kommunistischer Kommunalpolitik zu

bezeichnen, ist unsinnig. Sie ist lediglich das Ergebnis der Entwicklung im Ruhrgebiet. Da die Lösung jedem gefällt, ist eine Sache für sich. Jedenfalls haben wir alle das beste gewollt.

Das Gezet ist nicht verfassungsändernd und bedarf deshalb auch keiner Zweidrittelmehrheit zur Annahme.

Die Erklärungen der Oppositionsparteien haben nur den einen Zweck: sie sollen lediglich Parteipolitische Wirkungen auslösen. (Sehr wahr! bei den Regierungsparteien.)

Abg. Baumhoff (Z.) ist ebenfalls der Meinung, daß die Erklärungen der Opposition trotz der feierlichen Aufmachung keinen tiefen Eindruck hinterlassen. Auch das Zentrum habe schmerzte Bedenken gegen verschiedene Teile des Gesetzes. Aber es werde einmütig zustimmen, weil ein Scheitern der Vorlage die völlige kommunalpolitische Anarchie im Industriegebiet bedeuten würde.

Die Abgg. Pohl (D. Fraktion) und Sobotta (Komm.) erklären die ablehnende Stellung ihrer Fraktionen.

Rummehr schlägt Abg. Lüdke (Dnat.) vor, die Abstimmung erst am Donnerstag vorzunehmen. (Die Rechtsparteien hatten offenbar nicht alle Mitglieder im Hause!) Der Antrag wird abgelehnt.

In der nun folgenden Schlußabstimmung, die namentlich ist, wird die Vorlage unter großem Beifall der Regierungsparteien mit 210 gegen 169 Stimmen angenommen.

Präsident Bartels spricht hierauf denjenigen Mitgliedern des Hauses, die an der Vorlage mitgearbeitet haben, den Dank aus. Es sei schwierig gewesen, dieses große und viel umstrittene Gezet zu Ende zu bringen. Sicher seien nicht alle Wünsche der beteiligten Kreise erfüllt worden, er hoffe aber, daß das Gezet dem Industriegebiet ein weiteres Aufblühen bringen werde.

Innenminister Orzeszki:

Ich will mich darauf beschränken, mich dem Dank des Herrn Präsidenten anzuschließen, möchte ihn aber ausdehnen auch auf alle diejenigen, die außerhalb des Hauses an dem Gezet mitgearbeitet haben. Die Regierung hat sich bei der Vorlage nur von allgemeinen staatspolitischen Gesichtspunkten leiten lassen. Es ist erfreulich, daß sich der Landtag im großen und ganzen auf den Standpunkt der Staatsregierung gestellt hat. Ich hoffe, daß das umgeänderte Gebiet in seinem neuen kommunalpolitischen Rahmen mit Hilfe der Selbstverwaltung auch fernerhin leistungsfähige Aufbauarbeit für das ganze Vaterland leisten muß. (Beifall bei den Regierungsparteien.)

Hierauf wird in einfacher Abstimmung auch das Einführungsgezet zum Ungemeindungsgezet angenommen.

Das Haus erledigt hierauf noch eine Reihe von mündlichen Berichten des Ausschusses für Beamtenfragen und vertagt sich hierauf auf Donnerstag, den 11. Juli, 10 Uhr. Tagesordnung: Abstimmungen über die eingebrachten Mißtrauensnoten.

1600 Zentner Leeröl ausgelaufen.

Delüberschwemmung im Emdener Hafen.

Emden, 10. Juli.

Ein Destillat der Rütgers-Werke A. G. in der aus zwei Tanks bestehenden Anlage auf der Wesimole ist Dienstag nachmittag durch Bruch des Ventilstopfens plötzlich leet geworden und sein Inhalt von insgesamt 1600 Zentnern Leeröl, der unter dem gewaltigen Druck in einem riesigen Strahl herausgeschloß, drohte die Wasseroberfläche des Hafens mit der gefährlichen entzündlichen Flüssigkeit zu bedecken, was zu einer unabhsehbaren Katastrophe führen konnte. Hafenpolizei und Wasserbauamt wurden sofort alarmiert und der Regierungsdampfer Emsbüttel wurde mit einer zur Aufnahme des Oels bestimmten Schute im Schlepptau an die Unfallstelle entsandt. Da die Schute sich aber zur Aufnahme der immer stärker hervorquellenden Oelmengen als unzureichend erwies, sah man sich genötigt, das Oel auf freies Gelände abzuleiten. Bis spät in die Nacht hinein war es noch nicht gelungen, den Destrom abzdämmen.

Orkanshäden in der Tschechoslowakei.

Fünf Todesopfer. — Millionen an Sachschäden.

Prag, 10. Juli. (Sonderbericht.)

Die Stärke des Sturmes, der im ganzen Gebiet der Republik herrschte, wurde von der Prager meteorologischen Station mit 100 Kilometer in der Stunde angegeben, was einen Druck von 65 Kilogramm auf den Quadratmeter darstellte. In Pardubitz und Umgebung wurde durch das Unwetter ein mehrere Millionen Kronen betragender Schaden angerichtet. Aus dem Bezirk Pardubitz allein werden fünf Todesopfer gemeldet; zwei Personen wurden durch Verühren herabgeschlagener Drähle der elektrischen Leitung und eine Person durch ein herabstürzendes Dach getötet; auf dem Bahnhof wurde ein Reisender beim Aussteigen aus dem Zuge vom Wind unter die Räder geworfen und überfahren. In Prognitz (Mähren) deckte der Sturm das Dach des Gymnasiums ab, ein das Gerüst eines Neubaus ein und beschädigte auch diesen selbst. In der benachbarten Ortschaft Chrosin riß der Sturm den 30 Meter hohen Kirchturm um, der im Fall das Dach der Kirche durchschlug, so daß diese geschlossen werden mußte. Auf einem nahen Hügel wurde eine alte

Windmühle weggefegt. Auf dem Friedhof des Dorfes wurden Marmorgrabsteine ungeworfen, wobei sie die Befunde der ausgemauerten Gräber durchschlugen, in die offenen Gräber stürzten und die Särge zertrümmerten. Auch in der Gemeinde Smetice deckte der Sturm die Kirche ab und rieg das Dach fünf Meter weit auf die Dorfstraße. Die Straßen des Prohniker Bezirkes entlang hat das Unwetter Tausende von Bäumen, darunter zwei 106 bzw. 150 Jahre alte Rieseneichen, entwurzelt.

Bootsunglück bei Roserow?

Ein Segelboot mit fünf Badegästen verschollen.

Swinemünde, 10. Juli.

Aus dem Ostseebad Roserow kommt eine Meldung, die auf ein schmerztes Bootsunglück schließen läßt. Am letzten Sonntag sah ein Badegast, der Kaufmann Menne aus Berlin, mit zwei Damen und zwei Herren in einem kleinen Segelboot, ohne Wissen des Eigentümers, des Gastwirtes Schlichter vom Hotel „Seebild“, von Roserow aus in See. Das Ziel der Fahrt sollte Rügen sein. Die Abfahrt erfolgte bei schönstem Wetter. Das Boot mit den fünf Insassen ist seitdem verschollen.

Ekhausbachstuhl in Flammen.

Durch ein Großfeuer wurde gestern in den späten Nachmittagsstunden der Dachstuhl des Ekhauses Kälsener Str. 12 in Schmargendorf zerstört. Die Feuerwehr hatte annähernd sechs Stunden mit den Lösch- und Aufräumungsarbeiten zu tun. Sechs Schlauchleitungen stärksten Kalibers und zwei mechanische Leitern mußten zur Belämpfung des Großfeuers eingesetzt werden. Der Feuer- und Wasserschaden ist sehr hoch. Die Entstehungsurache konnte noch nicht ermittelt werden.

Ein bestätigtes Urteil. Die Berufungsoverhandlung vor der Großen Strafkammer des Landesgerichts I gegen den Hauptschriftleiter des „Tag“, Freiherrn v. Reden und den Schriftleiter Flemming, wegen Beledigung des Ministerpräsidenten Braun endete nach zweitägiger Verhandlung mit einer Verurteilung sämtlicher Berufungen. Das Schöffengericht hatte auf 600 bzw. 500 M. Geldstrafe erkannt gehabt. Seitens der Staatsanwaltschaft war eine Erhöhung der Strafen auf 1000 und 500 M. beantragt worden, während die Rechtsanwälte Walter Bohm und Dr. Ehlers Freisprechung verlangten.



Gegen Schimmel u. Gärung

werden alle für den Winter eingemachten Früchte sicher geschützt, wenn man sie mit

Dr. Oetker's Einmache-Hülfe

einmacht. Es ist das einfachste, billigste und trotzdem ausgezeichnete Verfahren. — 1 Päckchen von Dr. Oetker's Einmache-Hülfe für 7 Pfg. genügt, um 10 Pfund eingemachte Früchte, Gelee, Marmelade, Fruchtsäfte, Gurken usw. haltbar zu machen. Gebrauchsanweisung ist jedem Päckchen aufgedruckt.

Dr. August Oetker, Bielefeld

Dr. Oetker's Einmache-Rezepte erhalten Sie kostenlos in den einschlägigen Geschäften. Verlangen Sie ebenfalls Dr. Oetker's farb. illust. Rezeptbuch, Ausgabe F (Preis 15 Pfg.) und Dr. Oetker's Schulkochbuch (Preis 30 Pfg.). Sie schöpfen daraus eine Fülle von Anregungen zum Backen, Braten und Kochen. Wo nicht erhältlich, sind die Bücher gegen Einsendung in Marken von mir direkt zu beziehen.



Max Barthel: Tatarische Fischer

(Schluß.)

„Gib mir auch ein Buch,“ bettete Grischka, der kleine Bogabund, „auch meine Augen wollen sprechen lernen.“

„Nicht du!“ sagte Achmed, der mit den feinen Ohren des Halb-nomaden diese Bitte gehört hatte. „Nicht du, Ali soll abbe die Buch. Ali soll lerne daisch!“ Dann beugte er sich zu Bessmer und sagte: „Ich kann singe daisch! Ich kann singe das Lied von Lippe-Ettmoll, die wunerscheene Stadt!“

„Singe das Lied von der wunderhohen Stadt!“ sagte Bessmer. Das Gespräch der Tataren war verstummt.

Achmed setzte sich unter das Licht der Lampe und sang das Lied von Lippe-Ettmoll in einer verrückten Sprache, die aus deutschen und tatarischen Worten bestand. Dabei plusterte er sich wie ein Pfau auf und sah triumphierend auf die Fischer, die halllos zu lachen begannen. So, er war ein Teufelskerl, der Achmed! Früher hatten sie ihn als Lügner verfahren, wenn er von Deutschland erzählte, aber jetzt glaubten sie ihm. Er hatte die Wahrheit gesprochen. Allah hatte ihn ausgezeichnet. Er konnte sich ja mit einem fremden Mann in einer fremden, sonderbaren Sprache, die wie das Schreien wilder Kamele klang, verständigen.

Und dann sangen die Fischer. Sie sangen monotone Lieder mit endlosen Einzelstimmen, die dann in dunklen Chören erstarben. Ihr Führer Sultan Khanow spielte dazu auf einer talmüdischen Balalaika. Auch der Alte mit dem Silberbart stimmte ein Lied an. Er sang einen Heldengesang auf die tatarischen Khans der Goldenen Horde, die früher einmal Rusland beherrscht hatte und an die Pforten Europas donnetzte. Die armen Fischer fielen rauschend in den Gesang ein. Sie waren wieder die alten Helden.

Immer noch schrie der Sturm.
Die Sonne war schon lange untergegangen.

In der Nähe der freien Feuer lagen die wilden Hunde.
Auch Bessmers Hund, der Hund Katalja, lag in der warmen

Nähe. Aber dann fiel Angst in sein Herz. Die Nacht war wie ein Urmelhund und heulte. Wo war der weiße Gott mit der tröstlichen Stimme? Da erhob sich Katalja und verließ seine Art und trock in das Zelt. Er fand seinen Herrn, erhob die goldgrünen Numelenaugen und war getroffen. Aber sein Herr war nicht auf dieser Welt. Er dachte, in seinem Herzen war Sturm, an die großen Fischzüge, die überall gehen und nicht nur bei Astrachan an der unteren Wolga.

Die Tataren sangen immer noch und berauschten sich an jenen wilden Ritten, die damals die Welt erschütterten. Achmed löste sich aus der singenden Ratie. Er kam zu Bessmer und fragte:

„Teurer Gast, willst du talmüdisch Tanzen sehen?“

„Ja, ja, ich will talmüdischen Tanz sehen, Achmed!“

Der Tatar ging zu seinem Führer, der die sechzig Mann als Fischer an die Wolga gebracht hatte, und besprach sich mit ihm. Der Gesang erstarb. Sultan Khanow lächelte und besprach sich mit einem dicken, aufgeschwemmten Mann. Dann klatschte er in die harten Hände.

Im Zelt wurde es ganz still.
Man hörte nur noch den Sturm heulen.

Dann schob aus der Ecke des Zeltes, aus der Dunkelheit, der aufgeschwemmte, dicke Tatar und stellte sich starr unter das Licht einer Lampe. Dann fügte er seine halllosen Glieder zum talmüdischen Tanz. Der Tanz war eine Entlarung und Verhöhnung. Die Tataren hatten die Kalmücken. Auch das wurde sichtbar. Ja, die Tataren waren einmal die Herren Ruslands gewesen, aber was waren die Kalmücken? Ein armes Helotenvolk, Nomaden der Steppe, ihre Hauptstadt war eine russische Stadt, war Astrachan, und sie waren Fischer im Kaspiischen Meer, Fischräuber in der Wolga, Seehundjäger in den wüsten Lagunen.

Der Tanz, den der Fremde zu sehen bekam, war ein vollkommen asiatischer Tanz. Der träge, frische Tatar drehte sich wie ein Kreisel, ließ seine Hände wie wilde Schlangen wirbeln und erstarb dann, wie auf ein geheimes Zeichen, in unheimlicher Ruhe. Der Tanz

war ein göhnhafter Tanz, und als der Tatar still stand und nur die Füße leicht bewegte, sein Oberleib bei Buddha oder bei Allah war, in jenen starren Sekunden griff er blitzschnell hinter sich und hob seinen ganzen Körper in tollen, erotischen Bewegungen. Der Tänzer hob und senkte sich mit so schamlosen Gebärden, daß die neuen Tänze, die man jetzt in Europa zu sehen bekommt, weiter nichts als die harmlosen Sonntagsspiele deutscher Jungfrauen sind. Dabei blieb das Gesicht des Tänzers steinern, als er seinen Leib auflöste und preisgab. Die tatarischen Fischer im Zelt klatschten mit harten Händen Takt und Beifall. Und Sultan Khanow mit dem wilden Gesicht und der weißen Kammelmütze spielte dazu Balalaika.

Grischka stammte aus Mirgorod in der Ukraine. Die große Hungersnot hatte ihn nach Moskau und von dort an die untere Wolga getrieben. Er hatte diesen Tanz mit brennenden Augen gesehen, und als der feiste Tatar einen Augenblick ermatet anhielt, sprang er in den freien Kreis und begann mit einem ukrainischen Tanz. Seine Augen blühten und die Füße stampften unruhig und zuckend die Erde.

Dazu stieß er keine Schreie aus, wie es die jungen Pferde tun, wenn sie im Frühling über die blühenden Wiesen jagen und springen. Grischka, der kleine Mann aus der Ukraine, verflochten in das tatarische Zelt bei Astrachan, war nun, als er tonzte, wie ein zuckendes Herz. Auf und ab, auf und ab, auf und ab ging sein Tanz, ein heiterer Wirbel mit wilden Schreien.

Die Balalaika verstummte.
Der Alte strich sich bedächtig seinen weißen Bart.

Der feiste Tänzer stand neben Achmed und ließ seine schiefgestellten Augen funkeln. Sultan Khanow lachte. Die anderen Fischer waren ganz still und starr. Und Grischka tonzte immer noch und zeigte mit seinen Sprüngen, auf und ab, auf und ab, die große Klust zwischen den verachteten Kalmücken und den fröhlichen und stolzen Ukrainern.

Mitten in seinem Tanz erschien der russische Fangleiter Maxim Petrowitsch.

„Ich habe mit Feuer nach dem anderen Ufer telegraphiert,“ sagte er zu Bessmer, „Sie haben geantwortet. Die Barkasse ist wieder unterwegs. Ich habe ihr Licht gesehen. Diesmal wird sie's schon schaffen.“

„Du hast wie der Wüstenwind getanzt,“ sagte der kleine Tatarjunge Ali lächelnd zu dem kleinen Ukrainer Grischka.

Die Tataren schrien wild durcheinander. Auch sie lobten den Tanz. Auch der Mann, der die Kalmücken verpöchtelt hatte, klatschte Beifall. Und Grischka war so stolz wie noch nie.

Bessmer erhob sich.
„Lebt wohl, tatarische Fischer,“ sagte er zum Abschied, „ich werde diese Stunde niemals vergessen.“

„Auch wir werden dich nicht vergessen,“ antwortete Sultan Khanow, erhob sich und verbeugte sich dann. „Du hast uns diese Stunde süß wie Honig gemacht.“

Der Mann aus Deutschland mußte diese Hände schütteln, harte, tatarische Fischerhände, die nur aus Schwielen zu bestehen schienen, und ging dann mit dem Russen, mit dem kleinen Ukrainer und seinem Hunde Katalja aus dem Zelt. Der Sturm hatte nachgelassen. Die Wolga schäumte wohl noch, aber sie brüllte nicht mehr. Die Dunkelheit war zerfetzt. Die Lichter vom jenseitigen Blockhaus funkelten. Am Himmel waren die Sterne sichtbar.

In der Hütte von Maxim Petrowitsch warteten zwei Fischer-mädchen auf die Barkasse. Der alte Fischer wollte es diese Nacht weich und warm haben und lud die beiden Mädchen in seine Hütte ein und tanzte wie ein Baum um sie. Aber sie lachten nur und schauten sich in ihren breiten Hüften. Das Licht der rettenden Barkasse taumelte immer näher. Ein Boot löste sich und stieß an den Strand. Und mit den Mädchen, mit Grischka und dem Hund fuhr Bessmer nach dem Schiff. Die Tataren brüllten „Hurra!“

Der andere Tag war schön.
Die Fischer schwärmten vom Kaspiischen Meer.

Gustav Giblin: Auf dem Wohlfahrtsamt

Ich lobe mir den Menschen im allgemeinen und den Beamten im Besonderen, der pünktlich ist.

Wir haben Millionen von Beamten, die seit 20 und mehr Jahren morgens punkt 8 Uhr den Federhalter ergreifen, um ihn punkt 12 Uhr wegzulegen. Ihn wieder um 2 Uhr in die Hand nehmen, punkt 6 Uhr wegzulegen.

Wehe aber dir, deutscher Bürger, wenn du von so manchem Beamten allen Schlags verlangen würdest, daß er um 12 Uhr mittags noch in einer dringenden Sache eine Arbeit verrichten sollte.

Nun verstehe ich, daß kein Mensch gern leberzeit arbeitet. Wir wissen aber, daß es häufig sich nicht umgehen läßt.

Zu den Beamten, die sicherlich viel Geduld aufbringen müssen, zählen (zugegeben!) in diesen Zeiten der fürchterlichen Arbeitslosigkeit die Beamten an den Wohlfahrtsämtern.

Aber gerade von ihnen müssen wir verlangen, daß sie viel Geduld, viel Liebe und vor allem Verständnis für die Gerechtigkeit der Hungernden und Darbenden aufzubringen vermögen.

Wer dieses Talent als Beamter nicht besitzt, soll dem Wohlfahrtsamt fern bleiben.

Wer schon aus Nächstenliebe einem besonders notleidenden Mitmenschen nicht auch ein paar Minuten Leberzeitarbeit widmen kann, sollte noch weniger an solchen Posten stehen.

Wir haben einen schlimmen Winter hinter uns. Er war unerträglich für die Armen, die schlechte Wohnungen und wenig Kohlen hatten.

Sehr schlimm daran war ein kriegsbeschädigter Handwerker in Darmstadt, der infolge eines schweren Ohrentleidens arbeitslos geworden war. Seine Familie wohnte in einem leeren Pferdestall, dessen Beheizung im letzten Winter so ungenügend war, daß nicht nur das Eis an den Wänden hing, sondern daß den Kindern im Bett Hände und Füße erfroren.

Eine Arztin, die die Familie schon längere Zeit behandelte, befragte den menschenwürdigen Zustand dieser Behausung. Sie hatte der Familie hauptsächlich Kohlen und frästige Nahrung verordnet.

Der Handwerker ging sofort mit diesem Schein auf das Wohlfahrtsamt in Darmstadt. Als er aber in das Amt eintrat, war es gerade 12 Uhr mittags geworden. Der zuständige Herr Inspektor wollte das Bureau verlassen. Trotzdem dem „Herrn Inspektor“ das ärztliche Attest lagen mußte, daß hier ein besonders dreinglicher Fall vorlag, weigerte er sich, den Handwerker zu bedienen.

Ich gebrauche absichtlich das Wort „Bedienen“, weil ich der Auffassung bin, daß in einem demokratischen Staat jeder Beamte ein „Diener des Volkes“ (im höchsten, edelsten Sinne aufzufassen!) sein muß, wenn er überhaupt als würdig befunden sein soll, den Ehrenposten eines Beamten einzunehmen.

Alle Bitten des arbeitslosen kriegsbeschädigten fruchteten nichts. Da pöbelte den Verzweifelten die Bul. Er schliefte und in seinem berechtigten Jörn warf er ein Regal um.

„Ich habe jetzt um 12 Uhr keine Sprechstunde mehr!“ hatte dem armen Handwerker der „Herr Inspektor“ geantwortet.

Wohlfahrtsämter einer Stadt sollen die größte Not zu lindern versuchen. Und ein Beamter eines solchen Amtes hat, auch wenn er seinen Bureaustuhl bereits angezogen hat, für Menschen, die der Verzweiflung nahe sind, jederzeit, wie ein Arzt für die Schwerkranken Sprechstunden zu haben.

Was tat aber der „Herr Inspektor“?

Er setzte sich (natürlich in seiner Dienstzeit) hin und schrieb auf langen Altenbogen eine Anklage gegen den arbeitslosen kriegsbeschädigten wegen Beleidigung.

Nun stand dieser Tage der arme arbeitslose, schwerkranke kriegsbeschädigte Handwerker in Darmstadt vor dem Gericht und hatte sich wegen Beleidigung zu verantworten.

Die Verhandlung ergab einen herzerreißenden Einblick in die unglaublichen Wohnverhältnisse, in das fürchterliche Elend der Familie des kriegsbeschädigten.

Der Richter hatte ein menschenliebenderes Herz als der „Herr Inspektor“ vom Darmstädter Wohlfahrtsamt. Auf den Vorschlag des Gerichtsvorstehenden soll durch Ersuchen an den Oberbürgermeister der Stadt Darmstadt die Anklage zurückgezogen werden.

Gerichtet war mit diesem Vorschlag einzig und allein und mit Recht der „Herr Inspektor“, der, weil die Glocke 12 geschlagen hat, einen Verzweifelten mit samt seiner Familie (die Kinder haben im Bett Hände und Füße erfroren!) abweist mit der Bemerkung: „Ich habe keine Sprechstunde mehr!“

Ich habe noch nie eingesehen, warum ausgerechnet der Beamte gegenüber dem Arbeiter bessere Anstellungsverhältnisse haben soll. Warum er allein das Recht auf Pension haben soll.

Recht und Anspruch auf Versorgung für sich und seine Angehörigen hat jeder Mensch, der krank ist, invalid und arbeitsunfähig oder beim besten Willen keine Arbeit bekommen kann.

Das „Recht zum Leben“, das „Recht zur Arbeit“ hat jeder Mensch.

Und das Wort von der Nächstenliebe wäre nur lauter Schein, wenn wir dieses Ziel nicht mit aller Kraft zu erreichen versuchen.

Ein Privatangestellter, der sich in einem solch dringenden Fall weigern würde, noch ein paar Minuten über seine Zeit zu arbeiten, würde fristlos entlassen werden.

Ein Arzt, der sich weigern würde, zu einem schwer oder zu Tod tranken Menschen zu gehen, mit der Begründung: „Ich habe keine Sprechstunde mehr!“ würde von seinen Berufskollegen als unwürdig weiter Arzt zu sein, erklärt werden.

Ein Beamter eines Wohlfahrtsamtes, der nicht dieses Ethos seines Berufes im Herzen trägt, sollte von seinen Vorgesetzten für unwürdig erklärt werden, weiter an solch wichtiger Stelle zu amten, die dazu berufen ist, das schlimmste Elend zu mildern.

Ein „Turm der Geschichte“. Ein eigenartiger Denkmalgedanke ist jetzt in Ungarn aufgetaucht und soll dort bald verwirklicht werden. Es handelt sich um einen Turm, der auf dem Petöfi-Platz in Budapest im Angesicht der Donau errichtet werden soll. In seinen 10 Stockwerken soll die ganze tausendjährige Geschichte Ungarns in forsjäßig erwählten Zeugnissen dargestellt werden. Jedes Stockwerk ist für ein Jahrhundert bestimmt, und so soll beim Besteigen des Turmes die ganze Geschichte des Landes von der Eroberung Ungarns bis zum Weltkrieg an dem Besucher vorüberziehen.

Erna Bülting: Mondscheinfahrt

Eine dunkle Sommernacht liegt über der Ditsche. In Sahnhilf plätschern ein paar leichte Wellen im Hafen, lacht schlagen sie an die Schiffe, machtlos, bar der geringsten Kraft, die Fahrzeuge auch nur in die leiseste schaukelnde Bewegung zu setzen. Der Mond pinnt die grünbewachsenen Hügel in dunkle Schleier ein, in den terrassenförmig in die Felsen gebauten Häusern brennen Lichter, sie schauen aus, als seien sie verlassene Blühwürmchen, die sich nach anstrengender Gebirgstour zur Ruhe gesetzt hätten.

Hofenden Schritte eilt eine Schar von Ausflüglern einem weißgestrichenen Dampfer zu. Bald ist Unruhe an Bord des Schiffes. Veräuschpöhl sucht man die besten Plätze aus, schreit laut nach Bekannten und Freunden, macht einander unabsichtlich, entschuldigend sich höflich mit böser Miene, macht sich miteinander bekannt oder rückt absichtlich fort und erfüllt alles mit diesem ungezogenen Värm des kleinen egoistischen Menschen. Andere Ausflüglern folgen, und es kommen noch andere und noch andere und noch mehr und noch immer mehr. Ein jeder ist voll Unruhe, ein jeder will dabei sein. Natur gemessen will keiner, aber dabei sein wollen sie alle. Bald ist auf dem Schiff auf allen seinen Decks eine drangvolle Enge.

Und dann geht's hinaus zur Mondscheinfahrt. Der Mond scheint freilich nicht, aber was macht's, Mondscheinfahrt, das klingt so schön romantisch.

Eine drei Mann starke Musikkapelle lärm. Die Musiker sind müde, abgebehte Menschen, ewige Anwärter auf Brotamennahrung. Sie können nicht viel. Woher sollte auch bei ihnen Können stammen. Zum guten Können braucht man erstens eine Vermöglichkeit und zweitens die nötige Ruhe zur Arbeit. Diese „Künstler“ aber waren immer Lushille, steter Rotbeißer, sie haben es sich schon nachgerade selbst abgemöhnt, sich als Vollmenschen zu betrachten.

Da zur Mondscheinfahrt unbedingt so etwas ähnliches wie rührselige Stimmung gehört, beginnt die Musik mit „Schön ist die Jugendzeit“. Ein paar Möwen, die auf dem Wasser schwimmend geschlafen haben, schrecken auf, holen den Schrei traktatrad ganz tief aus ihrem Schnabel, umflattern in schwerfälligem Fluge das Schiff und begeben sich dann wieder zur Ruhe. Die Musik spielt „Fuchs, du hast die Gans gestohlen“, und an Bord wird das erste Lätzchen gemagt. Bald tut der Alkohol die übliche Wirkung, man lärm, die

Musik kommt arg in Disharmonie und die Tanzenden meinen, sie spiele Jazz.

Die Fahrt geht nach dem Königsstuhl. Ein Scheinwerfer beleuchtet die Steilufer. Sie sind unnahbar schroff, weiß und gigantisch heben sie sich ab von den dunklen Wellen der Ditsche, die leise an der Küste nagen. Schwer tragen die Felsen an dem uralten Buchenwald. Manche Baumriesen hängen mit ihrem mächtigen Wurzelwerk nur noch locker in der Kreide, bei dem nächsten Sturm oder schweren Regentag stürzen Jahrhunderte ins Meer. Doch die Natur, so wie sie ist, hat auf die hyperbillierten Menschen von heute keine Wirkung mehr. Darum erläutert heiserstimmig ein Erklärer die Gebilde der Küste. Man vermenscht die Felsen, geheimnist etwas in sie hinein in plumper, derber Art. „Sehen Sie, dort liegt eine japanische Tänzerin, und die Felspartie da sieht aus wie ein Torpedoboot ohne Mast.“ Die Naturbesessenen, die nicht tanzen, reden sich fast die Häse aus, um mit den Regierungsbildern fertig zu werden. Zur Hebung der eigenen Anteiligkeit sehen sie vorgeschriebenermaßen und bestätigen ihre eigene Findigkeit mit Ausrufen wie „fabelhaft“, „ganz richtig“, „wunderbar!“ Unaufhörlich spielen die Scheinwerfer. Von der Bordseite mit dem Blick nach See kann man in die bedrückende Dunkelheit starren, die da eindringlich predigt von der Allmacht der Meere. Doch kein Mensch sucht nach einem Schiffslicht oder starrt nach einem wegweisenden Seerzeichen. Für die Passagiere ist Tanz und Erklärung die ortsübliche, vorchriftsmäßige Mondscheinfahrt, die man mitgemacht haben muß, wenn man ein Bad auf Klügen besucht.

Die Musik spielt irgendeinen Schlager und ein Halbtrunkener singt laut seine Parodie. Wie ein Dausen aufsteigender Raketen geht durch ein lautes Lachen durch das ganze Schiff. Und man singt und trinkt, bis man wieder im Hafen von Sahnhilf landet, wo man aussteigt. Dann liegt es verlassen, das Schiff, das so viele Menschen bevölkerten, von denen keiner etwas sah, nicht weil der Mond nicht schien, sondern weil keiner die innere Bereitschaft zum Sehen hatte.

Soll man sich darüber ärgern? Nein, denn das ist so eine Art ausgleichender Gerechtigkeit, daß man Schönheit sehende Augen, daß man die Natur liebende Herzen nicht kaufen kann und daß darum der einfache, unverbildete Mensch, der irgendeinen kleinen Hügel erklimmt, vielleicht mehr sieht als der Millionär, der mit eigener Lustfahrt am Fuße des Königsstuhls antert.

Deutliche Konjunkturbesserung.

Auch Aufstieg in den Produktionsmittel-Industrien.

Der „Vorwärts“ hat nie den amtlich-offiziösen und den unternehmer-offiziösen Konjunkturpessimismus mitgemacht, mit dem die Stodung im Konjunkturaufschwung seit über einem Jahre und die egoistische Arbeitslosigkeit des vergangenen Winters begleitet worden sind. Wir waren immer der Auffassung, daß von einem Konjunkturabstieg keine Rede sein kann, daß leicht erkennbare Gründe, insbesondere die Drosselung der ausländischen Kapitalzufuhr und die Verflechtung auf dem internationalen Kapitalmarkt die Stodung in der Konjunkturaufschwung erklären und daß die beispiellose Arbeitslosigkeit dieses Winters einen ganz abnormalen Katastrophencharakter hatte, was in dem deutlichen Beschäftigungsrückgang auch bei Industriekonzernen zum Ausdruck kam, die nicht saisonempfindlich sind. Wir waren weiter der Meinung, daß die Erholung in diesem Frühjahr noch verlangsamt wurde durch die psychologischen Rückwirkungen der ungelösten Reparationsfrage auf die Initiative der Unternehmer, die wiederum von innen her durch die Ausfälle in der Waffenfaktorie infolge der Arbeitslosigkeit nicht nur ohne Anregung blieb, sondern auch durch die künstliche Drosselung insbesondere öffentlicher Aufträge sonst natürlichen Auftragszuwachses vermissen mußte. Wir waren endlich überzeugt, daß der Wegfall aller dieser hemmenden Faktoren, besonders angesichts der fortwährend harten Weltkonjunktur, der deutschen Konjunkturaufschwung eine sehr starke Anregung mit der Wirkung geben mußte, daß der vorübergehenden, durch den Katastrophenwinter verstärkten Wirtschaftsstodung bald ein neuer Aufschwung folgen müsse.

Die Entwicklung der Dinge im letzten halben Jahr hat unseren Optimismus bestärkt.

Seit die Räte überwinden wurde, bewegten sich die Verlehrsfiguren der Reichsbahn auf erstaunlicher Höhe. Die Kohlen-, Eisen- und Stahlkonjunktur hat von Monat zu Monat Rekorde gebracht, wofür der letzte Bericht der Ruhrmontantrusts neues eindrucksvolles Material lieferte. Die deutsche Ausfuhr zeigt trotz gewisser kleiner Rückschläge Ziffern von nie erreichter Höhe, und die deutsche Gesamtwirtschaft bewies in den Zeiten der Attacke auf unsere Währung und einer plötzlichen Kreditverengung um vielleicht 50 Proz. eine Widerstandskraft, die nach den pessimistischen Prophezeiungen der offiziellen und offiziellen Konjunkturmacher niemand hätte erwarten dürfen.

Das Erstaunlichste aber war der Arbeitsmarkt selbst.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger ist allein gewiß kein ausreichender Maßstab zur Beurteilung der Wirtschaftslage. Aber gleiche Fehlerquellen vorausgesetzt, sind doch Ausmaß und Tempo der Arbeitsmarktlösung ein zureichend sicherer Maßstab. Von Mitte Februar bis Ende Juni ist die Zahl der Hauptunterstützten um nicht weniger als 1.800.000 von fast 2½ Millionen auf nicht viel mehr als 700.000 zurückgegangen. Darüber hinaus hat die Wirtschaft rund 400.000 Menschen aus der Bevölkerungsvermehrung mehr aufgenommen. Der Stand der Unterstützten lag demnach Ende Juni nur um 110.000 über dem Stande der Vorjahre und nur um rund 170.000 über dem Stande von Juli 1927, einem Zeitpunkt, zu dem der damalige Aufschwung der Konjunktur, abgesehen von der leichten saisonmäßigen Ermattung im Sommer, seinen Höhepunkt erreicht hatte. Angesichts dieser Dinge konnten die pessimistischen Prognosen über die wirtschaftliche Entwicklung nicht richtig sein, besonders, wenn man die lähmende Einwirkung berücksichtigt, die von der Drosselung der Kapitalzufuhr, der ungelösten Reparationsfrage und dem schwierigen internationalen Kapitalmarkt ausgingen.

Heute kommt ein neues Moment hinzu, das unseren Optimismus

rechtfertigt. Das ist der Bericht des Vereins Deutscher Maschinenbauanstalten für den Monat Juni und der gleichzeitig gegebene Rückblick für das erste Halbjahr 1929, aus dem sich, höchst bemerkenswert nach der sehr günstigen Entwicklung der gesamten Konjunktur, auch in der Produktionsmittelindustrie ein unverkennbarer Aufschwung zeigt. Nach dem Bericht des VDMA. haben vermehrte inländische und ausländische Aufträge im Juni den Eingang von Aufträgen weiter erhöht. Die Zahl der geleisteten Arbeiterstunden hat 70 Proz. der Normalzahl, die früher, was zu beachten ist, aber sehr viel geringere Aufträge umschloß, wieder überschritten. Für Werkzeugmaschinen, Kraftmaschinen, Hütten- und Bergwerksanlagen, Kranbau, Aufbereitungsanlagen, Baummaschinen und Druckmaschinen, also fast für die meisten Maschinenbauzweige wird eine aufsteigende Entwicklung gemeldet.

Und in dem Rückblick des VDMA. für das erste Halbjahr 1929 heißt es:

„Der Gesamtauftragseingang stieg vom Januar an zwar nicht gleichmäßig, aber doch ohne größere Rückschläge, so daß der Gesamtauftragseingang des ersten Halbjahrs 1929 um etwa 13 Proz. über dem des zweiten Halbjahrs 1928 lag. Das Auslandsgeschäft nahm ständig an Bedeutung zu und machte im Durchschnitt der ersten sechs Monate 1929 44 Proz. des Gesamtwertes der Aufträge der Maschinenindustrie aus gegen 40 Proz. im vorigen halben Jahr 1928 und 36 Proz. im ersten halben Jahr 1928. Die Inlandaufträge des ersten Halbjahrs 1929 gingen infolge des tiefen Standes von Januar und Februar nur (aber doch! D. Red.) um etwa 1 Proz. über das Ergebnis des vorhergehenden Halbjahrs hinaus und blieben nach um 9 Proz. hinter den Aufträgen des ersten Halbjahrs 1928 zurück. Die Kurve des Beschäftigungsgrades verhielt sich erst vom Februar an ganz allmählich von 67 Proz. auf etwas über 70 Proz. im Juni zu heben.“

Es ist kein Zweifel, daß, wenn der VDMA. nicht Prozentziffern, sondern die absoluten Wertziffern der Auftragsgänge bekanntgeben würde, sich eine noch erheblich bessere Lage der Maschinenindustrie zeigen würde als sie aus der Vermehrung der Arbeiterstunden sich abnehmen läßt.

Weitere Entwicklung und die Konsequenzen.

Es kann angenommen werden, daß zunehmend auch Inlandaufträge, nachdem bisher die Auslandskonjunktur die Lage günstig gehalten hatte, in den Produktionsmittelindustrien neue Anregungen bringen; denn es ist klar, daß bei der allmählichen Wiederauffüllung der inländischen Kaufkraft auch der Investitionsbedarf der Verbrauchsgüterindustrie steigt und sich damit die Nachfrage nach Anlagegütern, die sich aus der guten Auslandskonjunktur ergibt, weiterhin vermehrt. Man wird sich aber auch klar darüber sein müssen, daß zur weiteren Erhöhung der wirtschaftlichen Aktivität auch eine neue Initiative für die Erhöhung des Arbeitseinkommens der Massen unausweichlich wird. Schließlich besteht die ganze Kunst vernünftiger Wirtschaftsführung, besonders unter dem Young-Plan, darin, die Konkurrenz- und Leistungsfähigkeit aller inländischen Wirtschaftszweige zur Abwehr des Auslandes im Inland und zur Gewinnung neuer Märkte im Ausland ohne protektionistische Mittel zu erhöhen. Diesem Ziel wird aber noch der Erfahrung der letzten fünf Jahre am allerstärksten gedient, wenn man die deutsche Produktion durch einen Binnenmarkt stützt, dessen Aufnahmefähigkeit nie groß genug ist und der starke Garantien gegen die Zufälligkeiten der Entwicklung der Weltkonjunktur bietet.

Verstärkung der Rechtsstellung des Erfinders ein. Nach Uebergang des Patentrechts an das Reichsjustizministerium studien die gesetzgeberischen Vorarbeiten, bis 1928 ein neuer Entwurf erschien, der stärkste Kritik in Fachkreisen auslöste. Dem neuen Entwurf und der Neugestaltung des Patentschwalterwesens galt die kürzliche 24. Hauptversammlung des Verbandes Beratender Patentingenieure in Köln. Die Vorträge der Tagung bildeten die Einleitung zu der grundlegenden Erörterung der schwebenden Patentreform, deren wichtige Fragen durchberaten wurden. Die deutschen Patentingenieure traten erneut ein für Erfinderrechte und Erfinderehre, für Verlegung des Beginnes der Patentdauer und Beseitigung der Erfinderversteuer, für Verstärkung der Stellung des Warenzeicheninhabers und wandten sich mit Entschiedenheit gegen einseitige Einflüsse auf diesem Gebiete.

An den Reichsjustizminister wurde ein Telegramm geschickt, das eine entschiedene Förderung der Patentreform und der Neugestaltung des Patentschwalterwesens mit Befehlsgewalt wünscht.

Preußenkasse und Genossenschaften.

Zu den Nachrichten von einer angeblichen Subventionierung

Dem Amtlichen Preussischen Pressedienst wird von unterrichteter Seite geschrieben:

Die Verhandlungen über die Konstituierung des Einheitsverbandes der inländischen Genossenschaften nähern sich ihrem Ende, und es sehen nunmehr die selber im Endkampf vielfach lässlichen Versuche ein, den Gegner durch Erhebung moralischer Vorwürfe matzuzusetzen. Eine dem Hugenberg-Rangern angehörige, dem Deutschen Landwirtschaftsrat nahestehende Korrespondenz behauptete kürzlich, in die Erörterungen über die Zusammensetzung des Vorstandes des Einheitsverbandes spielten Gehaltsfragen hinein. Der Präsident der Preußenkasse hat diese Mitteilung anlässlich der Tagung des Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften als unrichtig bezeichnet. Derselbe Korrespondenz verbreitet nunmehr, und zwar unter Gegenüberstellung einer ehrenamtlichen oder entgeltlichen Tätigkeit der künftigen Mitglieder des Vorstandes des Einheitsverbandes, die Nachricht, die Preußenkasse sei für den Fall einer ihren Wünschen entsprechenden Regelung der Personenzinsen bereit, den Einheitsverband zu subventionieren. Diese Gegenüberstellung ist nur eine Scheinbare; denn die für den Vorstand des Einheitsverbandes in Betracht kommenden Beruflichkeiten sind fast ausnahmslos Beamte genossenschaftlicher Organisationen, und es ist natürlich nur eine Frage der Zweckmäßigkeit, ob Gehaltsbezüge von der Zentrale oder von Unterorganisationen getragen werden. Die zur Rede stehenden Nachrichten sind unter diesen Umständen auch lediglich in einigen Blättern von solcher Bedeutung erschienen.

In einem „Nachwort zur Königsberger Tagung des Reichsverbandes“, das ein Bild des augenblicklichen Standes der Verhandlungen über die Gründung des Einheitsverbandes und eine

Vorauslage für die Zusammenziehung seines Vorstandes zu konstruieren versucht, behandelt nunmehr das „Berliner Tageblatt“ diesen Fragenkomplex u. a. mit folgender Wendung:

„Es ist nun zwar der Gedanke aufgetaucht, daß der neue Einheitsverband von der Preußenkasse in irgendeiner Weise dotiert werden könnte, damit er in der Lage sei, seine Geschäftsführung auf eine breitere finanzielle Basis zu stellen. Dieser Vorschlag ist natürlich, wie nicht anders zu erwarten, von allen Gruppen, die für den Einheitsverband in Frage kommen, sehr entschieden abgelehnt worden.“

Da hier eine negative Haltung der Genossenschaftsverbände einem Vorschlage gegenübersteht, wird die Auslegung angedeutet, die Preußenkasse beabsichtige, den Einheitsverband gegebenenfalls zu subventionieren. Hierzu ist zu sagen, daß zwar in früheren Jahren Einrichtungen genossenschaftlicher Spitzenorganisationen auf Antrag regelmäßig finanziell unterstützt worden sind. Ein im vorigen Jahre gedauert Wunsch, diese Zuwendungen zu erhöhen, ist abgelehnt worden. Die Subventionen sind vielmehr teilweise bereits abgebaut, und ihre demnächstige völlige Beseitigung ist vor längerer Zeit angekündigt worden. Dementsprechend ist und wird seitens der Preußenkasse auch eine Dotierung des künftigen Einheitsverbandes nicht in Betracht gezogen.

„Ringbildung“ im Baugewerbe.

Zum Kapitel Kartelle und Monopole.

Zu unserem Artikel vom 4. Juli „Nachgruppierung im Baugewerbe“, der die fortschreitende Trustbildung behandelte, finden wir Ergänzungen in den Heften 11 bis 13 der „Sozialen Bauwirtschaft“, die einige Schlaglichter auf das dunkle Kapitel der kartellmäßigen Bindungen im Baugewerbe werfen. Besonders interessant ist der Artikel von Karl Hermann über „Preis schuhverbände in der Bau- und Baustoffindustrie“, der sich auf die Vernehmungen vor dem Enquete-Ausschuß stützt.

Ein solcher Preis schuhverband ist der Deutsche Eisenbau-Verband (EDV), in dem die Eisenbauunternehmen organisiert sind und der schon 1904 entstand. Die für die Aufnahmefähigkeit des Marktes zu große Leistungsfähigkeit der Firmen und dauernde Verschiebungen der Konstruktionen, die die Kalkulationsgrundlagen veränderten, haben eine straffe Bindung an Mindestpreise bisher verhindert. Aber die Bedingungen für Ausführung, Zahlung und Nachforderungen bei unvorhergesehener Erhöhung der Produktionskosten sind einheitlich geregelt. Wichtig ist die Verbandsbestimmung, daß jedes Mitglied die Beteiligung an einer Ausschreibung zu melden hat; die Geschäftsstelle vermittelt dann unter den Beteiligten an einer bestimmten Ausschreibung eine Aussprache über Angebot und Durchführung des Auftrages. Kommt es zu einer Einigung, dann macht eine Firma das niedrigste Angebot, in das ein Gewinnanteil für alle Firmen eingerechnet ist; die anderen Firmen geben höhere Scheinangebote ab. Trotz aller Konkurrenz und trotz vieler Außenfeiter erfolgt eine Einigung in 25 Proz. aller Fälle.

Das Beton- und Tiefbaugewerbe hat im Jahre 1910 eine sogenannte „Nachrichtenkasse“ gegründet, die in ähnlicher Weise tätig ist wie der EDV. In den Sitzungen findet sich die Bestimmung, daß bei der Vereinbarung von Preisen deren „Angemessenheit“ zu prüfen sei. „Schöne Angemessenheit“, wenn im dem Preis eine Gewinnbeteiligung dieser unbeteiligten Firmen eingerechnet ist! Auf Verletzung der Meldepflicht sind hohe Vertragsstrafen gesetzt. Die Tätigkeit der „Nachrichtenkasse“ führte 1927 in 9 Proz. aller Fälle mit einem Werte von 75 Millionen Mark zu einer Verständigung. Die Quote der Gewinnbeteiligung betrug nicht weniger als 3,9 Proz. vom Wert der Objekte. Um mindestens diesen Prozentsatz waren also die Kalkulationen zu hoch.

Mit dem Zweck, allen an einer Ausschreibung Beteiligten den Ertrag ihrer Kosten für Projektarbeit zu sichern, hat die Zwangsinnung für das Baugewerbe Dortmund eine „Meldestelle“ gegründet. Jeder, der eine Offertenabgabe „beabsichtigt“, hat diese Absicht zu melden; ihm wird dann die Anzahl der Konkurrenten gemeldet, nach der er bestimmte Sätze für Projektkosten in sein Angebot einzusetzen hat; dieser Beitrag ist bei Ausführung an die „Meldestelle“ zu zahlen. Durch diese Belastung werden gerade die kleineren Bauvorhaben nicht unrentabel verteuert; bei 20 Teilnehmern an einer Submission (Absticht genügt) macht der Aufschlag bei einem Vorhaben von 50.000 Mark Wert 3,7 Proz., bei 200.000 Mark 1,9 Proz., bei 1 Million 1,2 Proz. aus. Die große Gefahr solcher „Meldestellen“ liegt aber in der Erleichterung der „Ringbildung“ (siehe oben). Solche ungerechtfertigten Monopolbestrebungen erhöhen die ohnehin zu hohen Baukosten immer mehr; sie sind ein Verbrechen an der Allgemeinheit.

Wieder 83 Millionen neues Gold bei der Reichsbank. Der Wochenanweis der Reichsbank zum 6. Juli zeigt eine weitere Stärkung der Reichsbank und eine erfreulich starke — zugleich normal zu nennende — Entlastung nach dem von sich nicht schweren Juni-Ultima. Die Wechselbestände gingen um 154,9 auf 2688,1, die Bestände an Lombarddarlehen um 114,4 auf 79,8, die Bestände an Reichsschatzwechseln um 47,7 auf 110,4 Millionen zurück. Die umgezinslichen Gelder aus Girokonto zeigen mit 603,8 Millionen eine kleine Abnahme um 27,4 Millionen Mark. Der Umlauf von Reichsbanknoten hat sich um 228,6 auf 4610,0 Millionen gesenkt. Hauptsächlich durch Goldkäufe in London stiegen die Goldbestände um 83,0 auf 1994,5 Millionen; gleichzeitig konnten die Bestände an deckungsunfähigen Devisen weiter um 8,4 auf 368,9 Millionen erhöht werden. Der Rückgang des Notenumlaufs, die Vermehrung der Deckungswerte verbesserten das Deckungsverhältnis der Noten. Durch Gold allein waren die umlaufenden Noten mit 43,3 gegen 39,5 Proz. in der Vorwoche gedeckt, durch Gold- und deckungsunfähige Devisen zusammen mit 51,3 gegen 47,0 Prozent. Berücksichtigt man das Deckungsverhältnis allein, so wäre die Zeit für eine Diskontermäßigung gekommen.

Bata-Verleumdung und Bata-Prozesse. Wir berichteten kürzlich von einer einstweiligen gerichtlichen Verfügung, wonach der Romes-Schuh-W.G. deren Aktienmajorität in der Hand des tschechischen Schuhkonzerns Bata ist, die Festhaltung von bestimmten „mindestwertigen“ Schuhwert unter irdischen Bezeichnungen verboten wird. Die Romes-Schuh-W.G. gibt in einer Zuschrift an uns zu, daß der gerichtlichen Verfügung gewisse Tatsachen zugrunde liegen. Es wird aber gesagt, daß es sich in keinem Falle um Fabrikate der Firma Bata gehandelt habe, sondern um falsch gekennzeichnete Waren einer deutschen Schuhfabrik. Wir teilen auf Wunsch diese Dinge mit, ohne sie jedoch irgendwie auf Richtigkeit nachprüfen zu können. — Die Öffentlichkeit wird es interessieren, daß am Sonntag, dem 13. Juli, vor dem 10. Senat des preussischen Kammergerichts eine Berufungshauptverhandlung stattfindet, in der über die Verbreitung des tschechischen Bundes „Der unbekanntes Diktator Thomas Bata“ endgültig entschieden werden soll. Am gleichen Tage wird vor demselben Senat auch in einem Bata-Prozess gegen den Deutschen Schuhmacherverband entschieden.

Kölner Lehren für Hefoga.

Wertwürdige Preisdifferenzen.

Die von uns kürzlich besprochene Denkschrift der Kölner Stadtverwaltung, in der ein Vertragsabschluss mit der Ruhrgas A.-G. und der Thyssen-Gesellschaft empfohlen wurde, hat gezeigt, daß die Ruhrzweigen der Stadt Köln weitgehende Zugeständnisse machen mußten. Das Gruppenerzeugungsprinzip mußte mit demonstrativer Wirkung gutgeheißen werden, Köln behielt die volle Gebietshoheit, die Ruhrzweigen konnten sich auch kein Reservat für die Industrienerzeugung ausbedingen und die Kohleverwertung des kölnischen Gebietes wird unter dem Konkurrenzdruck des Gastlandes bleiben.

Das überraschendste Zugeständnis aber, das Köln freilich dem verdienstvollen Kohlenlieferanten unter der Führung Frankfurts zu danken hat, sind die von den Ruhrzweigen der Stadt Köln garantierten Preise. Der Kubikmeter Gas wird 2,8, höchstens 2,9 Pf. kosten. Hier aber entsteht eine sehr wichtige Frage, die sich die Heffische Kommunale Gas-Gesellschaft bis heute scheinbar noch gar nicht vorgelegt hat. Es entsteht nämlich die Frage, wie Köln ein Preis von 2,8 bis 2,9 Pf. angeboten werden konnte, auf der anderen Seite aber die Ruhrgas A.-G. von der Hefoga 4,10 Pf. — im günstigsten Falle — verlangen konnte. Und es entsteht die weitere Frage, wie es möglich war — wir sehen in diesem Zusammenhang von dem südwestdeutschen Projekt der Produktionsgemeinschaft ab —, daß das durchaus viel günstigere Eigenenergieerzeugungsprojekt so schnell ad acta gelegt werden konnte.

Gleiche Bedingungen vorausgesetzt wie bei dem Angebot der Ruhrgas A.-G., kostet nämlich die Eigenenerzeugung nach Prof. Oberle 3,02, nach Prof. Heidebrock sogar nur 2,15 Pf. pro Kubikmeter. Dennoch hat der Vorstand der Hefoga das Ruhrangebot mit 4,10 Pf. empfangen. Im Kölner Projekt zeigt sich, daß bei ähnlichen Liefermengen, wie sie für die Hefoga in Frage kämen, Preise von 2,8 bzw. 2,9 Pf. möglich sind, das heißt Preise, die auf der Mitte zwischen der Berechnung von Prof. Oberle und derjenigen von Prof. Heidebrock liegen. Bei allen Preisen, die wir genannt haben, sind die Kosten für Fernleitungen, Kapitaldienst und Rohverluste nicht berücksichtigt, die Preise sind also vergleichbar.

Hatlich in Heffen noch niemand die Konsequenzen überlegt, die sich daraus ergeben?

Patentingenieure und Patentreform.

Seit nahezu einem Vierteljahrhundert ist die Neugestaltung der rechtlichen Grundlagen des deutschen Erfindungs- und Markenwesens, der Gesetzgebung des gewerblichen Rechtsschutzes und der damit zusammenhängenden internationalen Verträge, Gegenstand der Erörterung. Der erste Entwurf von 1913 trat für eine weitgehende